

Opfer und Widerstand

Ein Gedenk-Spaziergang über die Genthinerstraße am 18. Mai 2025

Handout

In einer Zeit, in der „Remigration“ nicht nur Einzug in den alltäglichen Sprachgebrauch gefunden hat, sondern sogar zum politischen Kampfbegriff geworden ist, ist es von größter Bedeutung, daran zu erinnern welches Leid solche ideologischen Verwerfungen erzeugen können. Auch in der Nazi-Herrschaft versuchte man zunächst mit Drangsalierung und Zwangsmaßnahmen die ungeliebten Juden und Andersartigen loszuwerden, bis ganz hier in der Nähe in der Kurfürstenstraße 115-116 die „Endlösung der Judenfrage“ erarbeitet wurde – der industrielle Massenmord von Millionen europäischer Juden, Sinti und Roma, Homosexueller und politischer Gegner. Die Zahl der Zeitzeug*innen schwindet rapide dahin.

Um so wichtiger ist es, dass wir die Erinnerung wachhalten, denn:

Nie Wieder ist Jetzt!

Opfer und Widerstand

Ein Gedenk-Spaziergang über die Genthinerstraße am 18. Mai 2025

Der Weg:

Start An der 12-Apostelkirche 1, 10783 Berlin, um 11 h 00

Begrüßung: Dr. Bergis Schmidt-Ehry, SPD-Abtlg Tiergarten-Süd.

Einführung: Mathias Schulz, Sprecher der SPD Fraktion für Stadtentwicklung im Berliner Abgeordnetenhaus.

1. 12-Apostel-Kirche

Pfarrer Adolf Kurz und die Bekennende Kirche (Würdigung Gabriele Hulitschke)

2. Stolpersteine Genthinerstraße 46

- Henriette Fischer
- Helene Asriel

3. Stolpersteine Genthinerstraße 45

Mathilde Wurm (Würdigung Bettina Schulze)

- Gertrud Bieber
- Friedrich Bieber

4. Stolpersteine am Arbeitsgericht Magdeburger Platz 1

Jüdische Arbeitsrichter (Würdigung Dr. Reinhold Gerken)

- Kurt Kronheim
- Martin Matzdorf
- Ernst Ruben
- Berthold Auerbach

5. Stolpersteine Genthinerstraße 28

- Ernst Hugo Paul Rosenthal
- Henriette Rosenthal

Opfer und Widerstand

Ein Gedenk-Spaziergang über die Genthinerstraße am 18. Mai 2025

6. Stolpersteine Genthinerstraße 14 – 1

Familie Ledermann (Würdigung Prof. Paul Enck)

- Ellen Citroen
- Barbara Ledermann
- Susanna Ledermann
- Ilse Luise Ledermann
- Franz Anton Ledermann

7. Stolpersteine Genthinerstraße 14 – 2

Im Widerstand (Würdigung Dr. Heiner Woermann)

- Arvid Harnack
- Mildred Harnack

8. Stolperstein Genthinerstraße 8

Ein Fall besonderer Tragik (Würdigung Daniel Behrendt)

- Rudolf Olden

Schlusswort:

Daniel Behrendt, stlv. Vorsitzender SPD-Abtlg. Tiergarten-Süd

Opfer und Widerstand

Ein Gedenk-Spaziergang über die Genthinerstraße am 18. Mai 2025

Zu den Stationen:

12-Apostel-Kirche Pfarrer Adolf Kurtz und die Bekennende Kirche



„Wir beschlossen in die Höhle des Löwen zu gehen“

1922 kam der damals 31jährige Adolf Kurtz an die Zwölf-Apostel-Kirche in Berlin-Schöneberg. Er fand eine florierende Gemeinde, die 1880 um einen Kirchenneubau am Dennewitzplatz hatte erweitert werden müssen.

Die Potsdamer Straße war die große Ausfallstraße nach Süden. Die Bevölkerung des Gebietes mischte sich aus allen sozialen und kulturellen Schichten. Christen und Juden lebten Haus an Haus.

Opfer und Widerstand

Ein Gedenk-Spaziergang über die Genthinerstraße am 18. Mai 2025

Am Landwehrkanal war die Tiergarten-Synagoge e.V., eine orthodoxe Synagoge für circa 100 Mitglieder, eine markante Landmarke. Zu ihren Mitgliedern gehörte u.a. der Vater des Malers Max Liebermann. Doch die Gemeinemitglieder zogen weiter in den Westen Berlins. 1928 verkaufte der Verein an die Firma Loeser und Wolff, die das heute noch stehende Geschäftshaus dort erbaute.

In der Lützowstraße 16 war 1898 eine große liberale Synagoge mit 2.000 Sitzplätzen eingeweiht worden. An ihrer großen Orgel wurde 1932 die bedeutende Freitagsabend Liturgie von Heinrich Schalit uraufgeführt. Da an jüdischen Feiertagen die Sitzplätze nicht ausreichten, mietete die Jüdisch Gemeinde zusätzlich den Blüthner- und Schumannsaal in der nahe der Genthiner Straße an.

Ecke Flottwellstraße mietete der Israelitisch-Sephardische Verein sich 1905 in einer Wohnung der Werthheim Immobilien Gesellschaft ein. 1891 war bereits der erste Gottesdienst nach sephardischem Ritus in Berlin abgehalten worden und dies war nun die erste Synagoge osmanischer und türkischer Juden in der Stadt. Als Nachkommen spanischer und portugiesischer Juden waren sie während der Inquisition des 13. Jahrhunderts aus Spanien und Portugal in die Türkei geflüchtet und dann von Wilhelm II. als Handwerker, Gewerbetreibende und Handelsleute nach Berlin geholt worden. Zu Beginn zählte die Gemeinde nicht viel mehr als ein Dutzend Mitglieder, doch seit 1915 besuchten 70 SchülerInnen die Schule und in den 30er Jahren wuchs die Mitgliederzahl auf 500.

Außerdem fand Pfarrer Adolf Kurtz in der Umgebung der Zwölf-Apostel-Kirche Mietkasernen, Nachtlokale, Vergnügungsetablissemments und aufgrund der Inflation so viel Armut, dass er bereits 1923 Notküchen in der Kirche eröffnete.

So wie in ganz Berlin erstarkte auch in den christlichen Gemeinden entlang der Potsdamer Straße das antidemokratische Gebaren. Die Mehrzahl der Christen begrüßte das Ende der Weimarer Republik mit einem Aufatmen und ging freiwillig eine Verbindung zu den Nationalsozialisten ein.

Gleichzeitig wurde die Potsdamer Straße Ende der 20er Jahre zur nationalsozialistischen Einfallschneise. 1927 eröffnete die zweite Geschäftsstelle der NSDAP in Berlin in der Lützowstraße 44. (Ecke Derfflinger Straße). Das Reichssicherheitshauptamt (RSHA), die Oberbehörde der SS, übernahm das ehemalige jüdische Altersheim in der Lützowstr. 48/49.

Opfer und Widerstand

Ein Gedenk-Spaziergang über die Genthinerstraße am 18. Mai 2025

Die Reichskammer der Bildenden Künste und die Reichskammer der Musik residierten im Blumeshof, die NSDAP Gauleitung Berlin-Brandenburg in der Kurmarkstraße, das Reichssippenamt in der Potsdamer Straße, die Heeresplankammer in der Lützowstraße 60/60a, die NSDAP-Film-Zensur in der Maienstraße und die Braunschweigische Landesvertretung, die Hitler zum Reichsbürger machte, am Lützowplatz.

Mit der Machtergreifung verboten die Nazis alle politischen Kundgebungen im Sportpalast (auf dem Gelände des heutigen Pallasseum), um den Ort ausschließlich für ihre eigenen Propagandazwecke nutzen zu können. Aufmärsche der SA und der NSDAP waren auf den breiten Straßen an der Tagesordnung. Während des Krieges befand sich das von Adolf Eichmann geleitete „Judenreferat“ IV B 4 in der Kurfürstenstraße 115/116 (heute Hotel „Sylter Hof“). Die Deutsche Arbeitsfront befand sich in der Potsdamer Straße 182 (heute Pallast) und im Krankensaal des „Deutschen Frauenordens“ in der Kurfürstenstraße wurden verwundete SA-Männer wieder gesund gepflegt.

In der Zwölf-Apostel-Kirche fanden Massentrauungen von SA-Mitgliedern statt. „Die damalige Kirche stand nicht ZWISCHEN Kreuz und Hakenkreuz sondern FÜR Kreuz und Hakenkreuz“, sagte Pfarrer Heinz-Hermann Wittrowsky in einem Vortrag am 11. März 2010 im Gemeindehaus.

Am 13. November 1933 tagten die Deutschen Christen im nahen Sportpalast. Sie forderten die restlose Durchführung des Arierparagrafen, einen Verzicht auf das „undeutsche“ Alte Testament, da es sowieso nur „jüdische Lohnmoral, Viehhändler- und Zuhältergeschichten“ enthalte und die Verkündung eines heldisch-germanischen Jesus.

Auch ein Pfarrer der Zwölf-Apostel-Kirche war unter den 20.000 begeisterten Zuhörern. Er wurde zu einem vehementen Widersacher von Adolf Kurtz und versäumte keine Gelegenheit ihn zu denunzieren. Der Denunziation ergaben sich viele.

Adolf Kurtz' Ehefrau Eva war die Tochter des jüdischen Chirurgen Moritz Borchardt und in Zwölf-Apostel getauft. Adolf Kurtz war von Anfang an aktives Mitglied der Bekennenden Kirche und damit Verhaftungen und Hausdurchsuchungen ausgesetzt.

Nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten 1933 eröffnete Kurtz für Christen jüdischer Herkunft ein Hilfsbüro (Vorläufer „Büro Grüber“) und richtete eine Schule für vertriebene Kinder jüdischer Herkunft in der Oranienburger Straße ein.

Im April 1934, als SA-Führer Peter Voss unter Fahnen und mit großem Aufgebot in der Zwölf-Apostel-Kirche beigelegt wurde,
V. i. S. d. P.: Dr. Bergis Schmidt-Ehry

Opfer und Widerstand

Ein Gedenk-Spaziergang über die Genthinerstraße am 18. Mai 2025

ließ Kurtz sich nicht von Gestapo und SS beirren und trat in lauter, offener Fürbitte für die verfolgten Brüder und Schwestern der Bekennenden Kirche ein. Seit 1935 hielt er ständig Kontakt mit Widerstandsgruppen und mit ausländischen kirchlichen Persönlichkeiten aus der Ökumene.

Die Bekennende Kirche protestierte erst im Mai 1936 – im Jahr der Olympiade in Berlin – das erste Mal öffentlich gegen die Rassenpolitik der Nazis. In einer von Friedrich Weißler und Ernst Tillich verfassten Denkschrift, die an die ausländische Presse verteilt wurde, stellten sie das christliche Gebot der Nächstenliebe gegen die Verpflichtung zum Judenhass, prangerten die Konzentrationslager an und sahen in Juden den hilfsbedürftigen Bruder und nicht den Rassenfeind. Pfarrer Kurtz organisierte die Bekenntnisversammlungen mit Rednern aus dem Ausland. Doch die Bekennende Kirche schwieg im Verlauf der Reichspogromnacht im November 1938.

Wie überall in Berlin tobte der Mob auch an der Potsdamer Straße. In der Synagoge Lützowstraße randalierte er hauptsächlich im Inneren, denn die umstehenden Häuser wären bei einem Brand in Mitleidenschaft gezogen worden. So blieb das Gotteshaus erhalten und im April 1942 wurde der letzte Festgottesdienst dort abgehalten.

Die sephardischen Juden hatten bis weit in die Nazizeit hinein ihre türkischen Pässe behalten, was sie als Ausländer für einige Jahre vor der Deportation schützte. Doch dann fielen sie der türkischen Politik zum Opfer. Diese bürgerte ihre in Deutschland lebenden Juden aus und sie wurden zu Freiwild in Nazideutschland. Am 25. Januar 1943 wurde Rabbiner Eli J. Uziel ins Ghetto Riga deportiert und getötet. Zu anderen Gemeindemitgliedern gibt es keine genauen Angaben.

Pfarrer Adolf Kurtz tat sein Möglichstes, um getaufte Juden zu schützen. Am 16. Oktober 1941 sprach er zusammen mit dem katholischen Bischof Heinrich Wienken bei Adolf Eichmann vor. „Wir beschlossen, wie wir es schon öfters getan hatten, in die Höhle des Löwen zu gehen und mit dem Höchstverantwortlichen in der Gestapo zu verhandeln. [...] Man warnte uns dringend, zu Eichmann zu gehen. [...] Die wildesten Gerüchte kursierten über ihn, schlimmer noch als über Himmler. Allgemein wurde er als der ‚Judenmörder‘ bezeichnet,“ erinnerte sich Kurtz 1960. Der Besuch war erfolgreich und die Schule in der Oranienburger Straße konnte vorerst weitergeführt werden.

Die Zwölf-Apostel-Kirche wurde zur Bekennenden Kirche mit circa 1.000 Mitgliedern, von denen etwa 250 getaufte Christen waren.

Opfer und Widerstand

Ein Gedenk-Spaziergang über die Genthinerstraße am 18. Mai 2025

Noch in der Karwoche 1942 ließ Kurtz Christen mit und ohne Judenstern am Abendmahl teilnehmen.

Die (deutsche) Mutter eines gerade konfirmierten Jungen protestierte dagegen bei der Partei, denn sie war schockiert, dass ihr Sohn so etwas erleben musste.

Die Nazis sahen den Ereignissen in Zwölf-Apostel teils ohnmächtig zu und nannten sie „Synagoge am Nollendorfplatz.“ SA-Trupps besuchten die Gottesdienste und forderten, dass der „Judenknecht“ Kurtz von der Kanzel heruntersteigen sollte.

Doch 1942 drohte auch Kurtz die Deportation nach Dachau. Dank der Verbindungen seines Schwiegervaters zum später ermordeten Rechtsanwalt Carl Langbehn und zu einem Kreis von Prominenten – darunter Theodor Heuss, Otto Dibelius, Ferdinand Sauerbruch – wurde er gerettet.

Nicht so die jüdischen Gemeindehäuser. Das Gelände, auf dem sich das Haus mit der Synagoge der sephardischen Gemeinde befand, war nach dem Kriegsende eine Brache. Heute steht dort ein modernes Wohnhaus. Nichts erinnert mehr an das, was dort einmal stattfand. Die Reste der zerbombten liberalen Synagoge wurden 1954 abgetragen. Dort erinnert eine Gedenktafel.

1948 übersiedelte Adolf Kurtz nach Oxford und wurde dort Pfarrer der deutschen Gemeinde. Von hier gründete er Tochtergemeinden – unter anderem in Coventry – und leistete Versöhnungsarbeit.

Doch die Versöhnungsarbeit und die Begegnungen zwischen Juden und Christen in Deutschland gestalteten sich schwierig. In Berlin gründeten die Amerikaner 1949 die Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit. Pfarrer beteiligten sich daran zunächst nur sehr zögerlich. Der Berliner Kirchentag 1961 war der erste mit einer Arbeitsgemeinschaft von Christen und Juden. Sie wollten über Gemeinsamkeiten und Trennendes reden. Das Aufeinandertreffen war so heftig, dass der Dialog schon kurz nach Beginn fast wieder beendet war.

1991 bekannten sich die Christen zur Mitschuld am Holocaust. Im Jahr 2000 wurde die Judenmission – durchaus gegen Widerstand – definitiv verworfen. Erst seit 2006 treffen sich in Deutschland einmal jährlich Vertreter von katholischer Bischofskonferenz und evangelischer Kirche mit Repräsentanten der beiden Rabbinerkonferenzen.

Opfer und Widerstand

Ein Gedenk-Spaziergang über die Genthinerstraße am 18. Mai 2025

1975 verstarb Adolf Kurtz in England und wurde auf dem Alten Zwölf-Apostel-Kirchhof in der Kolonnenstraße begraben. Im Juni 2001 folgte ihm seine Frau.

(Quelle: <https://www.juele.eu>, Regine Wosnitza)

Opfer und Widerstand

Ein Gedenk-Spaziergang über die Genthinerstraße am 18. Mai 2025

Stolpersteine Genthinerstraße 46

Henriette Fischer

Henriette Fischer wurde am 25. Januar 1867 als Henriette Hochsinger in Wien geboren. Im Jahr 1888 heiratete sie in Berlin den Unternehmer Siegfried Fischer. Das Paar hatte zwei Töchter, Helene und Käthe. Zusammen mit ihrem Mann leitete Henriette Fischer das Maler- und Innendekorationsatelier M. J. Bodenstein GmbH. Die 1914 gegründete Firma mit Sitz in der Genthiner Straße führte die Wandbemalung und Innendekoration vieler öffentlicher Gebäude und großer Unternehmen aus. Die Luxushotels Adlon und Eden zählten ebenso zu den Kunden wie die großen Kinohäuser Gloria-Palast und Ufa-Palast am Zoo. Auch mit Renovierungen der Berliner Schlösser war der Betrieb beauftragt. Henriette und Siegfried Fischer wohnten bis zum Herbst 1928 in der Fasanenstraße in Charlottenburg. Dann zogen sie in die Derfflingerstraße 9, dort hatten sie gleich um die Ecke von ihrem Betrieb ein großes Einfamilienhaus gekauft. Zwei Jahre später zog ihre Tochter Helene mit den Kindern Marietta und Johann Georg, genannt Hans, zu ihnen. Sie hatte sich von ihrem Ehemann Davisco Asriel getrennt, der ein Pelzgeschäft in der Friedrichstraße führte und der letzte Vorsitzende der türkisch-sephardischen Gemeinde in Berlin war.

Nach dem Tod ihres Mannes Siegfried im Sommer 1935 übernahm Henriette Fischer die alleinige kaufmännische Leitung ihrer Firma und wurde Ende des Jahres einzige Gesellschafterin. Sie war täglich im Geschäft und überwachte dort insbesondere die Buchhaltung. Anfang Oktober 1936 musste sie ihr Grundstück in der Derfflingerstraße zwangsweise an den Wehrmachtsfiskus verkaufen. Mit ihrer Tochter und den Enkelkindern, die damals zwölf und knapp 19 Jahre alt waren, zog sie in die Kurfürstenstraße 88. Ende 1938 mussten sie auch diese Wohnung räumen. Henriette Fischer zog daraufhin mit ihrer Tochter und ihrem Enkel Hans in eine 4-Zimmer-Wohnung, die sich über ihren Geschäftsräumen in der Genthiner Straße befand. Das Mietshaus mit zwei Hinterhäusern war seit 1918 im Besitz der Firma Bodenstein. Die Hausnummer wurde im Laufe der Zeit von 21 zu 46 geändert, zwischen 1935 und 1947 hieß die Straße nach einem NS-Funktionär Woyrschstraße.

Henriette Fischers Enkelin Marietta, die eine Ausbildung zur Laborantin absolviert hatte, war seit August 1938 mit dem Kaufmann und Masseur Günter Singer verheiratet. Ein halbes Jahr nach der Hochzeit emigrierte das Paar in die USA. Auch Enkel Hans konnte rechtzeitig aus Deutschland fliehen. Vom Hachschara-Lager „Gut Winkel“ in Erkner kam der inzwischen 15-Jährige mit Unterstützung einer dänischen Frauenhilfsorganisation auf einem Jugendtransport nach Dänemark. Nach dem Einmarsch der deutschen Truppen im April 1940 floh er über Schweden, Finnland, die Sowjetunion, die Türkei und den Libanon nach Palästina. Dort lebte er

V. i. S. d. P.: Dr. Bergis Schmidt-Ehry

Opfer und Widerstand

Ein Gedenk-Spaziergang über die Genthinerstraße am 18. Mai 2025

einige Jahre in einem Kibbuz, bevor er sich in Haifa niederließ.

Kurz vor ihrer Flucht im Frühjahr 1939 lieferte Marietta die Schmuck- und Edelmetallgegenstände ihrer Großmutter in der städtischen Pfandleihanstalt ab, wozu die jüdische Bevölkerung verpflichtet worden war. Sie schrieb später in ihrem Entschädigungsantrag, dass das Geschäft ihrer Großmutter noch halbwegs lief, als sie Berlin verließ. Doch kurz darauf wurde der Betrieb zwangsweise geschlossen. Im Oktober 1939 musste Henriette Fischer auch das Grundstück in der Genthiner Straße verkaufen. Über den Kaufpreis von 69.000 Reichsmark konnte sie nicht verfügen, die Summe wurde auf ein Konto eingezahlt, das für sie gesperrt war. Große Teile ihres Vermögens hatten ihr die nationalsozialistischen Behörden bereits durch verschiedene Zwangsabgaben geraubt. Was an Bankguthaben und Wertpapieren noch übriggeblieben war, wurde bei ihrer Deportation beschlagnahmt. Am 14. September 1942 wurde Henriette Fischer mit dem „2. großen Alterstransport“ nach Theresienstadt verschleppt. Sie starb dort am 19. Februar 1944 mit 77 Jahren an Hunger und Schwäche.

Ihre Tochter Helene wurde am 17. Mai 1943 nach Auschwitz deportiert und dort ermordet. Auch ihre zweite Tochter Käthe überlebte die nationalsozialistische Verfolgung nicht. Alle Bemühungen von Marietta und Hans, etwas über das Schicksal ihrer Tante in Erfahrung zu bringen, blieben erfolglos.

Hans, der seinen Namen zu Jochanan geändert hatte, kehrte 2010 im Alter von 85 Jahren zum ersten Mal nach seiner Flucht nach Berlin zurück, um an der Stolpersteinverlegung für seine Familie teilzunehmen.

(Quelle: stolpersteine-berlin.de, Julia Chaker)

Helene Asriel

Helene Asriel, geb. Fischer, wurde am 26. August 1891 in Berlin geboren. Sie war verheiratet mit dem Unternehmer David Asriel, der in der Friedrichstr. 126 eine florierende Firma für Fell- und Lederhandel betrieb.

Bereits in den Jahren vor der Deportation lebte das Ehepaar getrennt. Helene Asriel wohnte mit ihrer Mutter Henriette in einer 3-Zimmer-Wohnung in der Woyrschstr. 46 (heute: Genthiner Straße), 1. OG. Die Monatsmiete betrug 110 RM.

Rund ein halbes Jahr nachdem ihre Mutter in das Ghetto Theresienstadt deportiert worden war, verschleppte man Helene Asriel am 17. Mai 1943 mit dem „38. Osttransport“ in das Vernichtungslager Auschwitz.

Bei der Befreiung des Lagers am 27. Januar 1945 war sie nicht unter den Überlebenden.

(Quelle: stolpersteine-berlin.de, Wilfried Burkard)

Opfer und Widerstand

Ein Gedenk-Spaziergang über die Genthinerstraße am 18. Mai 2025

Stolpersteine Genthinerstraße 45

Mathilde Wurm



Mathilde Wurm (rechts) mit Clara Zetkin (Mitte) und Lore Agnes (links) vor dem Reichstag in Berlin (1919)

Mathilde Adler stammte aus einer religiösen jüdischen Familie. In ihrer Jugend besuchte sie eine Höhere Mädchenschule in Frankfurt am Main. Seit 1896 arbeitete sie als Sozialfürsorgerin in Berlin.

Opfer und Widerstand

Ein Gedenk-Spaziergang über die Genthinerstraße am 18. Mai 2025

Dort schloss sie sich der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) an. Dabei lernte sie den sozialdemokratischen Journalisten Emanuel Wurm kennen, der später ihr Ehemann wurde.

Mathilde Wurm unterhielt enge Kontakte zu Rosa Luxemburg und Clara Zetkin und wurde dem linken Flügel der Partei zugerechnet, sie trat radikaler als ihr Gatte auf.

Als Sozialarbeiterin galt ihre besondere Anstrengung der Lehrstellenvermittlung und Berufsberatung von jungen Mädchen. In dieser Eigenschaft war sie Mitbegründerin der ersten Lehrstellenvermittlung und Beratung für schulentlassene junge Mädchen. Von 1903 bis 1904 war sie Leiterin der weiblichen Abteilung des *Zentralvereins für Arbeitsnachweis zu Berlin*.

Als Kriegsgegnerin gehörte sie 1916 zu den Gründungsmitgliedern der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD). Für diese war sie agitatorisch und schriftstellerisch tätig. 1917 wurde sie Bürgerdeputierte in Berlin und von 1919 bis 1921 Stadtverordnete für die USPD. Ihr Mann starb 1920. Im selben Jahr wurde Mathilde Wurm, zuerst für die USPD, später für die SPD, für den Wahlkreis 13 (Thüringen) in den Reichstag gewählt, wo sie sich vor allem für die Rechte der Frauen und deren praktische Umsetzung engagierte. 1922 kehrte Mathilde Wurm nach der Auflösung der USPD zur SPD zurück und gehörte seitdem zu deren Reichstagsfraktion. Dort trat sie vor allem als Expertin für Ernährungsfragen auf. Mathilde Wurm blieb auch nach den nächsten Wahlen im Reichstag. Seit 1928 war sie dort als konfessionslos eingetragen. Sie gab die Zeitschrift „Die Kämpferin“, seit 1922 „Die Gleichheit“, heraus. Bis 1924 blieb sie, obwohl nicht religiös, Mitglied der Jüdischen Gemeinde und äußerte sich in Zeitungsbeiträgen gegen antisemitische Vorfälle. Seit 1928 arbeitete sie zusammen mit der politischen Journalistin Dora Fabian im „*Sozialdemokratischen Pressedienst*“.

1933 wurde Mathilde Wurm noch einmal in den Reichstag gewählt.

Im März 1933 stimmte sie gegen das neue nationalsozialistische Ermächtigungsgesetz.

Danach wurde ihr von den Nazis das Mandat durch das SPD-Verbot vom Juni und der Verordnung zur Sicherheit der Staatsführung vom Juli 1933 entzogen. Zu diesem Zeitpunkt hatte sie Deutschland bereits verlassen. Zunächst emigrierte sie in die Schweiz, wo sie bei einer Schwester in Genf wohnte. Im Februar 1934 floh sie nach London und wohnte dort mit Dora Fabian zusammen. Als die beiden Frauen tot in ihrer Wohnung gefunden wurden, löste der Vorfall zahlreiche Gerüchte aus, die private und politische Motive umfassten. Scotland Yard ermittelte und kam zum

V. i. S. d. P.: Dr. Bergis Schmidt-Ehry

Opfer und Widerstand

Ein Gedenk-Spaziergang über die Genthinerstraße am 18. Mai 2025

Ergebnis der Selbsttötung durch Tabletten am 1. April 1935, die Gründe konnten jedoch nicht geklärt werden. Ihre Biographin Charmian Brinson stellte jedoch später fest, dass es „keinerlei Anzeichen [gibt], die auf einen möglichen Selbstmord hindeuten“.

(Quelle: Wikipedia und Aktives Museum Berlin e. V.)

Gertrud Bieber und Friedrich Bieber

Gertrud Bieber (Genthinerstraße 45) wurde am 8.11.1943 nach Auschwitz deportiert und ermordet. Ihr Mann, der Rechtsanwalt **Dr. Friedrich Bieber**, folgte ihr am 12.7.1944 nach Auschwitz in den Tod.



Gertrud Bieber, links

Opfer und Widerstand

Ein Gedenk-Spaziergang über die Genthinerstraße am 18. Mai 2025



Friedrich Bieber

(Quelle: stolpersteine-berlin.de)

Opfer und Widerstand

Ein Gedenk-Spaziergang über die Genthinerstraße am 18. Mai 2025

Arbeitsgericht Magdeburger Platz 1

Reinhold Gerken, ehemaliger Gerichtspräsident des Arbeitsgerichts Berlin, setzt sich seit Jahren dafür ein, die jüdischen Richter des Arbeitsgerichts der Vergessenheit zu entreißen und ihr Schicksal der Öffentlichkeit bekannt zu machen, dabei führten allein die Kontaktaufnahme mit den Betroffenen (meist die Witwen der ehemaligen Richter) zum Durchbrechen der Mauern des Schweigens und Vergessens.

In Berlin wurden alle betroffenen Richter – 1933 am Arbeitsgericht jeder Vierte, am Landesarbeitsgericht sogar jeder Dritte dort tätige Jurist – aus ihren Ämtern gedrängt, obwohl einige von ihnen als „Altbeamte“ und/oder „Frontkämpfer“ selbst nach den Bestimmungen des NS-Gesetzes hätten im Dienst verbleiben können. Dass seinerzeit seitens der Kollegenschaft jegliche Hilfe und Unterstützung, ja jede empathische Nachfrage ausgeblieben war, erscheint besonders erschütternd.

Dr. jur. Kurt Kronheim

Kurt Kronheim wuchs in seiner Geburtsstadt Danzig auf. Seine Eltern waren der Kaufmann Georg Kronheim und dessen Ehefrau Sophie geb. Mendel. Er besuchte das staatliche Gymnasium und legte dort im Februar 1923 das Abitur ab. Von 1923 bis 1927 studierte Kurt Kronheim an den Universitäten Hamburg, Freiburg i. Br. und Berlin Rechts- und Staatswissenschaften. Während des Studiums in Berlin war er auch im Demokratischen Studentenbund aktiv. Diese Vereinigung stand der Deutschen Demokratischen Partei nahe und bekannte sich dezidiert zur Weimarer Republik. Über die Treffen berichtete ein Studienfreund: „Für die wöchentlichen Zusammenkünfte im Demokratischen Klub wurden oft demokratische Politiker und andere zu Vorträgen gebeten, dazwischen gab es Abende mit Referaten eines Mitglieds und Diskussion, auf die man sich vorbereiten sollte. Es war hochinteressant, anregend und eine gute Schule. Danach konnte man noch ins Restaurant des Demokratischen Klubs gehen und saß dann manchmal zu einem Bier mit dem einen oder anderen demokratischen Parlamentarier oder anderen Klubmitgliedern.“ Mitglied im Demokratischen Studentenbund war übrigens auch Kronheims drei Jahre ältere Schwester Charlotte, zu der er ein enges Verhältnis hatte. Sein Studium beendete Kurt Kronheim im Frühjahr 1927. Im April d. Js. legte er die erste juristische Staatsprüfung am Kammergericht ab und erhielt die Prädikatsnote „gut“. Im September 1927 begann er das Referendariat und absolvierte alle Ausbildungsstationen in Berlin. Während des Referendariats schloss Kurt Kronheim 1929 seine Promotion mit dem Prädikat „cum laude“ an der

Opfer und Widerstand

Ein Gedenk-Spaziergang über die Genthinerstraße am 18. Mai 2025

Universität Breslau ab. Seine Dissertation befasste sich mit einem arbeitsrechtlichen Thema: „Die gewollte Tarifunfähigkeit“.

Im Mai 1931 bestand er das zweite Staatsexamen. Seine Leistung lag „etwas über dem Durchschnitt“. Am 11. Mai 1931 wurde Kurt Kronheim als Gerichtsassessor vereidigt und bereits Anfang Juni erhielt er einen Beschäftigungsauftrag, der auch bezahlt wurde – dies war bei den zugewiesenen Stellen für Assessoren nicht immer der Fall. Für knapp vier Monate arbeitete er am Amtsgericht Neuruppin. Dann kehrte er nach Berlin zurück und wurde als stellvertretender Vorsitzender an das Arbeitsgericht Berlin bestellt. Diese Stelle war vorerst bis Ende 1931 befristet und wurde dann bis zum 31. Dezember 1934 verlängert.

Kurt Kronheim, der durch seine Dissertation fachlich im Arbeitsrecht ausgewiesen war, scheint sich schnell in die Arbeit am Arbeitsgericht eingearbeitet zu haben. Seine dienstliche Beurteilung durch den Arbeitsgerichtspräsidenten Depène ein Jahr später, vom 31. Oktober 1932, ist durchaus positiv. Dort heißt es: „Gerichtsassessor Dr. Kronheim verfügt über schnelle Auffassung, sicheres Urteilsvermögen und Entschlusskraft. Seine Rechtskenntnisse sind vollbefriedigend. Bei gelegentlicher selbständiger Führung von Verhandlungen hat er sich gewandt gezeigt. Seine Urteile sind klar und verständlich abgefasst und ausreichend begründet. Gerichtsassessor Dr. Kronheim eignet sich als Vorsitzender beim Arbeitsgericht. Seine Leistungen können als vollbefriedigend bezeichnet werden. Gesundheitszustand und Führung einwandfrei.“ Kurt Kronheim hatte also gute Chancen, auf eine feste Stelle am Arbeitsgericht übernommen zu werden.

Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten nach dem 30. Januar 1933 zerschlugen sich diese Aussichten. Kurt Kronheim gehörte zu den fünf Richtern am Berliner Arbeitsgericht, die der Arbeitsgerichtspräsident bereits am 23. März 1933 nach massivem Druck der nationalsozialistischen Betriebszelle zwangsweise bis zum 31. März vom Dienst „beurlaubte“. Am 30. März verlängerte der Arbeitsgerichtspräsident diesen Zwangsurlaub bis zum 10. April.

Ab dem 1. April wurde Kronheim sowie über 640 weitere jüdische oder als jüdisch geltende Richter und Staatsanwälte im preußischen Justizdienst, nach einem Erlass des Reichskommissars für das preußische Justizwesen Hanns Kerrl vom 31. März 1933, bis auf weiteres vom Dienst suspendiert.

Die Regelungen im „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933 boten schließlich die Handhabe für die nationalsozialistischen Machthaber, Kurt Kronheim aus dem Justizdienst zu entfernen. Mitte Juli 1933 verhängte das Preußische Justizministerium ein Berufsverbot gegen ihn wegen seiner „nichtarischen Abstammung“. Zum 1. November 1933 wurde er „in den Ruhestand“ versetzt. Dieser Termin wurde Mitte August aus unbekanntem Gründen um einen Monat auf den 1. Dezember verschoben. Ein Ruhegehalt stand ihm nach den wenigen Dienstjahren nicht zu.

Opfer und Widerstand

Ein Gedenk-Spaziergang über die Genthinerstraße am 18. Mai 2025

Opfer und Widerstand

Ein Gedenk-Spaziergang über die Genthinerstraße am 18. Mai 2025

Die amtliche Verfügung des Berufsverbots von Mitte Juli nahm er schon nicht mehr selbst in Empfang. Sie wurde an die Anschrift seiner Schwester Charlotte zugestellt. Vermutlich hatte Kurt Kronheim zu diesem Zeitpunkt bereits Deutschland verlassen. Denn auch die nach einer Durchführungsverordnung zum „Berufsbeamtengesetz“ vom 6. Mai 1933 geforderte Erklärung über seine politische Betätigung in der Weimarer Republik hatte er schon nicht mehr abgegeben.

Kurt Kronheim emigrierte nach Frankreich. Flüchtlinge aus Deutschland fanden dort 1933 in großer Anzahl Aufnahme, allerdings war es schwierig, einen gesicherten Aufenthaltsstatus und vor allem eine Arbeitserlaubnis zu bekommen. Er ließ sich wohl in Paris nieder. Dort begegnete er zum Jahresende 1933 seinem Freund Walter Grünfeld aus dem Demokratischen Studentenbund in Berlin. Kurt Kronheim wandte sich erneut der Rechtswissenschaft zu. 1938 reichte er an der Sorbonne eine Dissertation ein und wurde ein zweites Mal promoviert. Auch seine zweite Dissertation widmete sich einem arbeitsrechtlichen Thema. Sie behandelte die Probleme im Arbeitsvertragsrecht im Rechtsvergleich. Seine Arbeit fand in Fachkreisen Anerkennung und wurde auch noch in späteren Jahrzehnten als wichtige Untersuchung rezipiert.

Auch Kurt Kronheims Schwester Charlotte, seine Mutter Sophie und eine Tante emigrierten nach Frankreich. 1938 bot Charlotte o, Lehrveranstaltungen bei der Freien Deutschen Volkshochschule in Paris an. Diese Institution hatte sich zum Ziel gesetzt, emigrierten deutschen Wissenschaftlern ein Forum für die öffentliche Präsentation ihrer Forschungsergebnisse zu geben.

Nach Beginn des Zweiten Weltkriegs und dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht in Frankreich wurde Kurt Kronheim wohl, wie fast alle deutschen (männlichen) Emigranten, interniert. Ein kleiner Hinweis auf ihn stammt aus dem Frühjahr 1940. Zu diesem Zeitpunkt hielt er sich in Vichy auf. Dort ließen sich vorübergehend auch seine Schwester und seine Mutter nieder. Später lebte er in Südfrankreich und musste sich mutmaßlich zum Arbeitseinsatz melden. Seine Schwester zog gemeinsam mit der Mutter und der Tante weiter nach Nizza. Dort traf sie ihren Bruder noch einmal im April oder Mai 1942. „Es geht ihm gut, er sieht besser aus als wir alle. Er ist gar nicht unzufrieden mit seiner Arbeit und lässt sich als Landarbeiter anmelden, in dem Dorf, in dem er sich befindet,“ schrieb Lotte Kronheim ihrer Freundin Sophie Freud (der Anfang 1942 die Weiterreise in die USA geglückt war). In ihrem nächsten Brief vom September 1942 musste Lotte Kronheim vom Beginn der Deportationen berichten:

„Von den neuen Maßnahmen ist unglücklicherweise das meiste wahr. Es scheint, dass man hier zwischen 7.000 und 8.000 Personen verhaftet und sie

V. i. S. d. P.: Dr. Bergis Schmidt-Ehry

Opfer und Widerstand

Ein Gedenk-Spaziergang über die Genthinerstraße am 18. Mai 2025

Gott weiß wohin geschickt hat ... Mein Bruder hatte dasselbe Schicksal, er wurde von seinem Arbeitsposten zurückgerufen, und vor 16 Tagen musste er mit 1.200 anderen Männern wegreisen, „Richtung Osten“. Seit diesem Tag bin ich ohne Nachrichten von ihm, und Sie können sich unsere Angst und unsere Trauer vorstellen.“

Kurt Kronheim verabschiedete sich von seiner Schwester und seiner Mutter mit einem Brief. Darin sprach er auch von seiner Angst vor der bevorstehenden Deportation. Über das Sammellager Drancy bei Paris wurde er am 26. August 1942 nach Auschwitz verschleppt. Vier Tage nach der Ankunft in dem Vernichtungslager wurde Kurt Kronheim am 2. September 1942 ermordet. Seine Schwester Charlotte und seine Mutter Sophie wurden im September 1943 nach Drancy gebracht, am 20. Januar 1944 nach Auschwitz verschleppt und dort kurz nach der Ankunft ermordet.

Dr. jur. Martin Matzdorf

Martin Matzdorf besuchte das humanistische Gymnasium und erlangte somit eine „klassische“ Schulbildung mit Griechisch und Latein. Sein besonderes Interesse galt geschichtlichen Themen. Nach dem Jurastudium absolvierte er ab April 1902 das Referendariat. Ende 1906 legte er das zweite Staatsexamen ab. Dann arbeitete er vermutlich als Gerichtsassessor mit befristeten Beschäftigungsaufträgen. Im Ersten Weltkrieg wurde er wegen seiner starken Kurzsichtigkeit nicht zum Kriegsdienst einberufen. Nach über zehn Jahren, im März 1917, wurde Martin Matzdorf auf eine feste Planstelle als Landrichter in Guben im südöstlichen Brandenburg bestellt. In Guben wurde er 1919 auch zum Amtsrichter ernannt. Im März 1926 wechselte er als Amtsgerichtsrat an das Amtsgericht Berlin-Tempelhof.

Bereits vor 1914 hatte Martin Matzdorf geheiratet. Seine Ehefrau Anna geb. Michaelis war künstlerisch begabt und erhielt eine Ausbildung an der Kunstgewerbeschule. In der Ehe wurden zwei Töchter geboren, Eva 1914 in Berlin und Hilda 1920 in Guben. Die Tochter Hilda erinnert sich an das Familienleben in Berlin: „Die Familie war kulturell interessiert. Wir gingen in die Oper, ins Theater und in Konzerte, auch ganz gerne ins Kino. (Ich erinnere mich noch an all die Greta Garbo Filme). Wir hatten einen netten Freundeskreis. Sonntags Ausflüge nach Schlachtensee oder nach Potsdam, und in den Schulsommerferien an die Ostsee, nach Kolberg, Heringsdorf und Swinemünde.“ Die Mutter besuchte auch gerne gemeinsam mit ihren Töchtern Kunstmuseen und Kunstausstellungen. Ab 1926 wohnte die Familie in der Fregestraße in Berlin-Friedenau. In der Familie herrschte eine liberale Einstellung.

Opfer und Widerstand

Ein Gedenk-Spaziergang über die Genthinerstraße am 18. Mai 2025

Ab 1930 besuchte sie die neue Synagoge in der Prinzregentenstraße in Berlin-Wilmersdorf, in der die Gottesdienste nach dem liberalen Ritus vollzogen wurden. In der Synagoge war somit die nach orthodoxem Ritus vorgeschriebene Geschlechtertrennung aufgehoben und sie verfügte über eine Orgel.

Die berufliche Situation Martin Matzdorfs veränderte sich 1927. Er wechselte zum Juli des Jahres hauptamtlich an das neu gebildete Berliner Arbeitsgericht. Dort übernahm er den Vorsitz einer Kammer für Handlungsgehilfen, Handlungslehrlinge und Büroangestellte. In berufspolitischer Hinsicht nahm Matzdorf ebenfalls eine aufgeschlossene Haltung ein. Er wurde Mitglied im Republikanischen Richterbund.

Die Situation änderte sich radikal mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten. Ab April 1933 war Martin Matzdorf zwangsweise beurlaubt. Da er nicht unter die Ausnahmeregelungen des BBG für „Altbeamte“ (mit Festanstellung vor dem 1. August 1914) oder „Frontkämpfer“ fiel, durfte er als Jude nicht im Justizdienst verbleiben. Im Juli 1933 wurde gegen ihn ein Berufsverbot verhängt. Zum 1. November 1933 musste er in den Ruhestand treten. Er erhielt ein Ruhegehalt von rund 450 RM monatlich.

Martin Matzdorf lebte weiter mit seiner Familie in Berlin. Die ältere Tochter machte Abitur und auch die jüngere Tochter erhielt eine gute Ausbildung. Beide Töchter sprachen gut Englisch. Die Familie wird trotz des zunehmenden Drucks versucht haben, soweit es möglich war, ihr bisheriges Leben mit dem Besuch von Kulturveranstaltungen und Ausflügen fortzusetzen. Kontakt hielt Martin Matzdorf auch zu (wenigstens) einem der früheren Kollegen vom Arbeitsgericht. Mit Ernst Aschner war er seit 1918 befreundet, als dieser bei ihm im Referendariat eine Ausbildungsstation absolvierte. Jetzt stellte Aschner, der nach dem Berufsverbot als Devisenberater arbeitete, die älteste Tochter von Matzdorf in seinem Büro als Sekretärin ein.

Ab 1938 verschärfte sich die Situation für die Juden in Deutschland dramatisch. Die Pogromnacht im November des Jahres mit den Gewaltexzessen, den Plünderungen und der Zerstörung von jüdischen Geschäften und Synagogen führte dies der ganzen Welt vor Augen. In dieser Nacht wurde auch die Synagoge in der Prinzregentenstraße geschändet und angezündet. Sie brannte vollständig aus.

Manfred Swarsensky, Rabbiner in der Synagoge, beschrieb später den tiefen Einschnitt, den diese Ereignisse für die Juden in Deutschland bedeuteten. Er stellte fest, dass in dieser Nacht **„nicht nur Glas zerschlagen [wurde], sondern auch unsere Träume und Hoffnungen, ein gesichertes Leben in unserem Heimatland führen zu können.“**

Martin Matzdorf begann spätestens jetzt nach Möglichkeiten zu suchen, Deutschland mit seiner Familie zu verlassen. Sie bemühten sich um eine Auswanderung in die USA. Anna Matzdorf wandte sich dazu an die Familie eines

V. i. S. d. P.: Dr. Bergis Schmidt-Ehry

Opfer und Widerstand

Ein Gedenk-Spaziergang über die Genthinerstraße am 18. Mai 2025

Studienfreundes ihres Vaters, Mr. Brewster. Dessen Tochter, Mrs. Dryer aus Rochester, New York, schickte ein Affidavit für die ganze Familie. Diese Bürgschaft, dass der Einwanderer nicht der öffentlichen Hand zur Last fallen, sondern im Notfall vom Bürgen unterstützt würde, war für die Erteilung eines Einreisevisums erforderlich (sofern man nicht ausreichendes eigenes Vermögen nachweisen konnte). Aber die Wartelisten für die Einreisevisen waren lang und ihre Anzahl nach einer Quotenregelung für die Herkunftsländer und somit auch für Emigranten aus Deutschland begrenzt. Die Wartenummer für die Familie Matzdorf sollte frühestens nach zwei Jahren zum Aufruf kommen. Die Familie trennte sich. Anfang 1939 gelang es, für die Töchter ein Visum für Großbritannien zu erhalten. Sie konnten im Februar 1939 als Hausangestellte für Privathaushalte in das Land einreisen. Martin und Anna Matzdorf blieben in Berlin und warteten auf die Auswanderung in die USA. Mit dem Verbot der Emigration für Juden im Oktober 1941 zerschlugen sich die Hoffnungen endgültig, aus Deutschland zu entkommen.

Martin und Anna Matzdorf mussten ab 1939 die weitere Entrechtung, die Isolation und auch die schlechte materielle Versorgungslage für Juden in Deutschland durchleben. Martin Matzdorf wurde zur Zwangsarbeit herangezogen. Er kam als Maschinenarbeiter in der Firma W. Schubert im Bezirk Reinickendorf zum Einsatz. Sein Wochenlohn betrug 20 RM. Ab Februar 1941 musste das Ehepaar eine jüdische Untermieterin in ihre Wohnung aufnehmen. Ihre Untermieterin wurde am 14. September 1942 nach Theresienstadt deportiert. Martin und Anna Matzdorf wurden zum November 1942 gezwungen, ihre Wohnung aufzugeben. Die Wohnung mussten sie für den neuen Mieter auf eigene Kosten renovieren lassen. Dieser war Nationalsozialist und Mitarbeiter im Ministerium von Albert Speer. Das Ehepaar Matzdorf bekam ein möbliertes Zimmer bei einem jüdischen Hauptmieter in der nahe gelegenen Kirchstraße (heute: Schmiljanstraße) zugewiesen. Teile ihres Hausrats lagerten sie in einer Spedition ein. Anfang Dezember wurden Martin und Anna Matzdorf aufgefordert, sich für die „Evakuierung nach Osten“ (wie die Deportationen in die Ghettos und Vernichtungslager umschrieben wurden) bereit zu machen. Am 7. bzw. 8. Dezember 1942 füllten sie die so genannte Vermögenserklärung aus, in der sie ihren verbliebenen Besitz auflisten mussten. Ihr Besitz sollte eingezogen und für das Deutsche Reich „verwertet“ werden. Die Verfügung für die Beschlagnahme ihres Hab und Guts wurde ihnen im Sammellager in der Großen Hamburger Str. 26 zugestellt. Ihre Unterschriften auf diesen Urkunden sind das letzte Lebenszeichen von ihnen.

Am 14. Dezember 1942 wurden Martin und Anna Matzdorf von Berlin in das Vernichtungslager Auschwitz verschleppt und wahrscheinlich kurz nach der Ankunft dort ermordet.

Ernst Ruben

V. i. S. d. P.: Dr. Bergis Schmidt-Ehry

Opfer und Widerstand

Ein Gedenk-Spaziergang über die Genthinerstraße am 18. Mai 2025

Ernst Ruben besuchte das Leibniz-Gymnasium in seiner Geburtsstadt Berlin. Nach dem Abitur studierte er ab 1899 Rechtswissenschaften, Politik, Geschichte und Sozialwissenschaften an den Universitäten Freiburg i. Br. und Berlin. Während des Studiums engagierte er sich in der Studentenpolitik. Im Jahr 1900 wirkte er bei der Gründung der Deutschen Freien Studentenschaft, dem Zusammenschluss der nichtkorporierten Studenten, mit und trat in das Präsidium des Verbands ein. Ebenso gab er eine unabhängige Hochschulzeitung heraus. Am 27. Juni 1902 schloss er das Jurastudium mit dem ersten Staatsexamen ab. Er erhielt die eher selten vergebene Prädikatsnote „gut“. Bereits zehn Tage später, am 7. Juli 1902, wurde er am Amtsgericht in Nauen für das Referendariat vereidigt. Die weiteren Ausbildungsstationen absolvierte er in Berlin. Während des Referendariats besuchte er weiterhin rechtswissenschaftliche und rechtshistorische Kurse an der Berliner Universität und befasste sich insbesondere mit Ethnologie und rechtsvergleichenden Themen. Für die ethnologischen Studien lernte er viele europäische Sprachen bis zu dem Grad, dass er Gesetze und Literatur im Original lesen konnte. Zum Spracherwerb pflegte er dabei auch viele Kontakte zu ausländischen Studierenden. Zugleich begann er im Nebenerwerb Bildungskurse zu leiten, u. a. als Lehrer für Staatsbürgerkunde bei den Akademischen Arbeiterkursen. Soweit es ihm seine knappe Zeit erlaubte, unternahm er auch Reisen in verschiedene Teile Deutschlands und nach England, Holland, Dänemark und Schweden. In Schweden knüpfte er enge Kontakte zu der Schriftstellerin Selma Lagerlöf, deren Werke er ins Deutsche übersetzte. Im Juni 1907 legte Ernst Ruben das zweite Staatsexamen ab. Danach wurde er als Gerichtsassessor zum Hilfsrichter am Landgericht I in Berlin ernannt. Dort bearbeitete er vor allem Jugendfürsorgesachen, war aber auch mit Beschlussachen auf dem Gebiet des Adels- und Stiftungsrechts und mit Fragen des Gerichtskostenwesens befasst und zeitweise Beisitzer in einer arbeitsrechtlichen Spezialekammer. Neben diesen Tätigkeiten als Gerichtsassessor arbeitete er weiterhin rechtshistorisch und rechtsvergleichend zu Aspekten der Geschichte des Erbrechts und publizierte und hielt Vorträge zu diesen Themen. Er erwarb sich einen Ruf als Fachmann und fertigte Gutachten in Fragen des Lehns- und des Fideikommissrechtes und über ausländisches Erbrecht an.

Opfer und Widerstand

Ein Gedenk-Spaziergang über die Genthinerstraße am 18. Mai 2025

Im April 1914 erhielt Ernst Ruben endlich eine feste Planstelle. Er wurde zum Landrichter am Landgericht in Essen ernannt. Auch dort beschränkte er sich nicht auf die Arbeit als Richter. Er setzte seine wissenschaftliche publizistische Tätigkeit fort und leitete Kurse an der Essener Volkshochschule. Von Sommer 1917 bis Oktober 1918 war er Untersuchungsrichter für Kriegswuchersachen. Dies war angesichts der schlechten Versorgungslage mit Lebensmitteln und anderen Gütern eine wichtige Stellung, die ihm auch öffentliche Angriffe einbrachte. Ernst Ruben begrüßte die Novemberrevolution und die Ausrufung der Republik. Er trat in die SPD ein und wurde für die gesellschaftliche Umwälzung aktiv. Von Januar bis April 1919 ließ er sich vom Justizdienst beurlauben und arbeitete als Volkskommissar für die Sozialisierung des Bergbaus im Ruhrgebiet. Die Sozialisierungsbewegung hatte aber keinen Erfolg. Die Reichsregierung lehnte die weitreichenden Beschlüsse der örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte zur Kontrolle und Verstaatlichung ab. Ernst Ruben schrieb kurz nach den Ereignissen die Denkschrift „Geschichte der Essener Sozialisierungsbewegung“.

Mit der Tätigkeit als Volkskommissar hatte sich Ernst Ruben noch weiter öffentlich exponiert. Am Essener Landgericht, wo die große Mehrheit seiner Kollegen den Sturz der Monarchie kaum verwunden haben dürfte, und auch in konservativen Kreisen stieß sein Engagement für eine soziale Republik auf Unverständnis und Ablehnung. Um den offenen und versteckten Angriffen in Essen zu entgehen, bemühte sich Ernst Ruben um eine Versetzung nach Berlin und wandte sich direkt an den Preußischen Justizminister. Sein Gesuch war erfolgreich. Zum 1. Juni 1919 wurde er an das Landgericht I in Berlin versetzt. Bis zum Oktober 1920 arbeitete er wieder in der Berliner Justiz. Auch jetzt setzte er nebenamtlich seinen Einsatz in der Bildungsarbeit für breite Bevölkerungsschichten fort. Er gehörte dem Vorstand der Volkshochschule an und leitete selbst Kurse. Bei der Reichstagswahl 1920 kandidierte er in Berlin für die SPD, ohne einen Sitz zu erringen.

Ab Oktober 1920 ließ sich Ernst Ruben erneut beurlauben. Er ging als Staatskommissar in den Freistaat Braunschweig, damals ein eigenständiger Bundesstaat des Deutschen Reiches, der von einer Koalition von SPD und USPD regiert wurde. Dort war er an der Ausarbeitung der Verfassung des Freistaats beteiligt und befasste sich mit den Rechtsstreitigkeiten zwischen der neuen Regierung und dem ehemals regierenden Haus der Welfen. Seine Auffassungen zur Entwicklung der neuen republikanischen Verfassung verbreitete er in kleineren Schriften. Ebenso äußerte er sich öffentlich über die bestenfalls nur halbherzige demokratische Umgestaltung von Verwaltung und Justiz.

Opfer und Widerstand

Ein Gedenk-Spaziergang über die Genthinerstraße am 18. Mai 2025

Einen Eindruck von seiner Position vermittelt eine Rede, die er im Juni 1921 in Chemnitz hielt und die in Zitaten in der Presse wiedergegeben wurde. Demnach sagte er u. a.: „Es ist heute nicht einmal den Ministern möglich, einen reaktionären Beamten zu beseitigen. Alle Gesetze bleiben tote Buchstaben, solange die Macht der Reaktion im Staate nicht gebrochen ist. Als kürzlich ein Arbeiter von einem Berliner Gericht wegen eines Zitates aus dem Kommunistischen Manifest verurteilt werden sollte, wies der Verteidiger darauf hin, dass das Kommunistische Manifest doch jedem Gebildeten und wahrscheinlich auch dem Herrn Vorsitzenden bekannt sei. Dieser famose Richter wurde darauf sehr erregt und verbat sich die Bemerkung mit den Worten, solche Bücher lese er nicht! Dieselben Leute aber verhängen Zuchthausurteile in weltbewegenden Fragen, von denen sie nicht einmal das ABC verstehen!“

Im März 1922 kehrte Ernst Ruben nach Berlin zurück. Dort übernahm er bis 1923 neben seinem Richteramt in einer Zivilkammer des Landgerichts den Vorsitz des Schlichtungsausschusses für Groß-Berlin. Ab 1923 fungierte er als richterlicher Beisitzer beim Reichsversorgungsgericht. Außerdem setzte er sich für ein neues soziales Mietrecht ein. Politisch engagierte sich Ruben jetzt auch im Republikanischen Richterbund und in der Vereinigung Sozialdemokratischer Juristen (für die er zeitweise die Zeitschrift „Recht und Sozialismus“ herausgab). Im Justizdienst fühlte er sich hingegen nicht richtig wohl. Für diese Annahme sprechen die dienstlichen Beurteilungen, in denen ihm wiederholt mangelnde Sorgfalt bescheinigt wurde.

Eine Chance, aus dem traditionellen Justizbetrieb auszubrechen, bot sich für Ernst Ruben 1927 mit der Einrichtung der Arbeitsgerichte. Er bewarb sich um eine Stelle am Landesarbeitsgericht Berlin. Zum 1. Juli 1927 wurde er zum stellvertretenden Vorsitzenden am Landesarbeitsgericht Berlin berufen. Zum 1. Januar 1928 wurde er zum Landgerichtsdirektor befördert und bald darauf zum hauptamtlichen Vorsitzenden beim Landesarbeitsgericht ernannt.

Ernst Ruben ging der neuen Tätigkeit am Landesarbeitsgericht offensichtlich mit großer Freude und Engagement nach. Ab dem Gerichtsjahr 1929/30 gab er als Privatperson das „Mitteilungsblatt für den Bezirk des Landesarbeitsgerichts Berlin“ heraus, in dem er für die interessierte Öffentlichkeit über den Geschäftsbetrieb und ausgewählte Urteile der Arbeitsgerichte informierte. Die Justizbehörden beobachteten diese Publikation, in der auch Interna wie Geschäftspläne und Vertretungsordnungen veröffentlicht wurden, mit Argwohn. Schließlich gab es für die Öffentlichkeitsarbeit eine eigene Pressestelle der Berliner Arbeitsgerichte. Aber das Justizministerium ließ Ernst Ruben gewähren und behielt sich nur die Prüfung des zur Veröffentlichung bestimmten amtlichen Materials vor.

Opfer und Widerstand

Ein Gedenk-Spaziergang über die Genthinerstraße am 18. Mai 2025

Ernst Ruben veröffentlichte auch andere Schriften zum Arbeitsrecht und zur Arbeitsgerichtsbarkeit. Eines dieser Bücher, das noch 1933 erscheinen konnte, richtete sich in erster Linie an die ehrenamtlichen Beisitzer in den Kammern der Arbeitsgerichte. Es gab diesen das Rüstzeug für ihre Mitwirkung in diesem besonderen Zweig der Gerichtsbarkeit. Wie sehr Ernst Ruben in seiner Tätigkeit am Landesarbeitsgericht aufging, zeigt die dienstliche Beurteilung von 1930. Von mangelnder Sorgfalt ist dort nicht mehr die Rede. Der Landgerichtspräsident stellte hingegen fest: „Landgerichtsdirektor Ruben hat sich als Vorsitzender einer Kammer des Landesarbeitsgerichts bewährt. Er arbeitet mit Fleiß und Sorgfalt. Seine Urteile sind erschöpfend, klar und gut begründet. Die Leistungen und Rechtskenntnisse sind voll befriedigend; als Herausgeber des Mitteilungsblattes für den Bezirk des Landesarbeitsgerichts Berlin beweist er seine Liebe zum Arbeitsrecht auch über den Rahmen des Berufslebens hinaus. Gesund. Führung tadellos.“

Am Ende der Weimarer Republik vollzog Ernst Ruben politisch einen Bruch. Im Herbst 1932 trat er aus der SPD aus, für die er sich seit 1919 so stark engagiert hatte. Seine Beweggründe sind leider nicht bekannt. Ruben blieb aber Mitglied im Republikanischen Richterbund.

Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten im Frühjahr 1933 änderte sich die Situation für Ernst Ruben sehr schnell. Ab dem 1. April 1933 wurde er als Jude zwangsweise vom Justizdienst beurlaubt. Nach den Bestimmungen des BBG, mit dem die jüdischen Beamten aus dem Staatsdienst gedrängt wurden, hätte er als „Altbeamter“ (mit fester Anstellung vor dem 1. August 1914) weiter im Dienst verbleiben können. Für die Nationalsozialisten war er aber nicht nur als Jude, sondern auch als „Marxist“ nicht tragbar. In seinem Fall griffen die Justizbehörden auf Paragraph 4 BBG zurück, der ein Berufsverbot bei „nationaler Unzuverlässigkeit“ vorsah. Als Beleg für „nationale Unzuverlässigkeit“ konnte die aktive Betätigung für die SPD oder andere politische Parteien sowie für republikanische Verbände gewertet werden. Diese „Tatbestände“ trafen im Fall von Ernst Ruben zu. Viele Hinweise auf sein politisches Engagement waren in seiner Personalakte dokumentiert. Außerdem fanden sich zwei Richter vom Kammergericht, die Auskunft über die Vorgänge in Essen, während der Novemberrevolution und über Ernst Rubens Rolle zu geben gewillt waren.

Dies zeigt deutlich, wie sehr die „nationale Erhebung“ in Folge der nationalsozialistischen Machtübernahme auch eine Revanche für den Sturz der Monarchie und eine Abrechnung mit der revolutionären Bewegung von 1918/19 war.

Opfer und Widerstand

Ein Gedenk-Spaziergang über die Genthinerstraße am 18. Mai 2025

Das Berufsverbot gegen Ernst Ruben folgte dem bürokratischen Verfahren. Ruben wurde vom Kammergerichtspräsidenten von der in Aussicht genommenen Zwangsmaßnahme in Kenntnis gesetzt und zu einer Stellungnahme aufgefordert. Seine Ausführungen sind leider nicht überliefert. Danach verfasste der Kammergerichtspräsident einen Sonderbericht, in dem er die Ergebnisse seiner Ermittlungen zusammenfasste. Bei Ernst Ruben brachte er vor: „Der ... Landgerichtsdirektor Ernst Ruben vom Landesarbeitsgericht Berlin war von Mitte des Jahres 1919 bis zum Herbst 1932 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und des Republikanischen Richterbundes. Er hat sich in dieser Zeit in erheblichem Umfange im Sinne der SPD politisch betätigt und darüber hinaus wiederholt in abträglicher Weise die Richter und die Richterschaft angegriffen ... Nach seiner ganzen Persönlichkeit bietet Landgerichtsdirektor Ruben keine Gewähr dafür, dass er jederzeit für den nationalen Staat eintreten werde ... Ich schlage daher vor, Landgerichtsdirektor Ruben vom Landesarbeitsgericht in Berlin gemäß § 4 des Gesetzes vom 7. April 1933 aus dem Justizdienst zu entlassen.“ Das Justizministerium folgte dem Vorschlag des Kammergerichtspräsidenten. Am 21. Juli 1933 wurde Ernst Ruben aus dem Justizdienst entlassen. Seine bisherigen Dienstbezüge wurden ihm für drei Monate weitergezahlt. Dann erhielt er sein „erdientes“ Ruhegehalt, das als „Strafpension“ nach Paragraph 4 BBG um 25 Prozent gekürzt wurde. Trotz der Zwangsbeurlaubung und der Entlassung setzte Ernst Ruben noch kurze Zeit seine publizistische Arbeit zur Arbeitsgerichtsbarkeit fort. Bis September 1933 gab er weiter sein „Mitteilungsblatt“ heraus, verzichtete aber ab Mai 1933 auf seine Nennung als Herausgeber.

Mutmaßlich wegen der drastischen Verringerung des Einkommens musste er mit seiner Familie umziehen. Er gab die Wohnung am Hafenplatz (nahe dem Potsdamer Platz) auf. Spätestens ab 1935 wohnte er in der Eisenacher Straße in Berlin-Schöneberg. Im Adressbuch für 1935 ist hinter seinem Namen als Berufsangabe Wirtschaftsberater vermerkt, in den folgenden Jahren Landgerichtsdirektor a. D.

Ernst Ruben war seit 1926 in zweiter Ehe mit Johanna geb. Holtfreter verheiratet. Das Ehepaar hatte einen Sohn und eine Tochter. Seine Ehefrau galt nach den NS-Kriterien als „arisch“, die Ehe wegen der gemeinsamen Kinder als „privilegiert“. Damit war er von einigen der antijüdischen Maßnahmen ausgenommen und vor den 1941 beginnenden Deportationen geschützt. Er musste aber u. a. 1938 die besondere Kennkarte für Juden beantragen und ab September 1941 den Zwangsnamen Israel führen.

Opfer und Widerstand

Ein Gedenk-Spaziergang über die Genthinerstraße am 18. Mai 2025

Als Jude wurde Ernst Ruben der Zutritt im Luftschutzkeller seines Wohnhauses verwehrt. Er suchte daher bei Fliegeralarm den Bunker des Rathauses Schöneberg auf. Am 2. Januar 1944 stürzte er auf dem Hof des Hintereinganges des Rathauses und zog sich einen schweren Knöchelbruch zu. Was dann geschah, berichtete der Sohn 1950 aus der Erinnerung: „Nachdem er gestürzt war, ließ man ihn noch einige Zeit dort liegen. Nach dem Angriff wurde mein Vater ... zum Auguste-Viktoria-Krankenhaus in Friedenau transportiert. Dort wurde er auch ausweislich des Stationsbuches 5-614/5721 in keiner Form behandelt und in dem Kellerraum, in dem er untergebracht war, auch nicht betreut, wie ich selbst bezeugen kann ... In seiner Angst hatte mein Vater geäußert, er befürchte, dass man ihn als Juden umbringen werde, zumal sich bei seinen Papieren seine „J“-Kennkarte befand. Am 7.1.44 „evakuierte“ man ihn nach Eberswalde bei Berlin. Dort wurde der Fuß weder ausreichend behandelt, noch erhielt er ausreichende Nahrung. Erst am 13.1. legte man ausweislich des Prägestempels den Fuß in Gips, nachdem man angeblich wegen Apparatdefekt nicht in der Lage war, den Fuß zu röntgen. Mein Vater befand sich dort zeitweilig in einem solchen Trance-Zustand, der auf irgendwelche Injektionen zurückgeführt werden muss. Es erfolgte dann die Nachricht, dass er am 19.1.44 dort verstorben sei. Als Todesursache wurde auf der für die Krankenkasse bestimmten Sterbeurkunde „Knöchelbruch“ angegeben. Nach diesem Sachverhalt und nach den ganzen Umständen muss als höchstwahrscheinlich angenommen werden, dass mein Vater keines natürlichen Todes starb.“

Berthold Auerbach

Berthold Auerbach wurde am 23. Juli 1888 Berlin geboren. Seine Eltern waren der Kaufmann Julius Auerbach und dessen Ehefrau Jenny geb. Anders. Im November 1912 legte Berthold Auerbach nach Wiederholung das erste Staatsexamen ab. Zwei Wochen später wurde er als Referendar am Amtsgericht in Forst / Lausitz vereidigt. Die weiteren Ausbildungsstationen des Referendariats absolvierte er in Berlin. Dann musste er im März 1915 die Ausbildung unterbrechen. Berthold Auerbach wurde zum Militärdienst im Ersten Weltkrieg eingezogen. Im Frühjahr 1916 kam er an die Ostfront in Russland. Aufgrund seiner juristischen Ausbildung wurde er Ende Juni 1916 einem Feldkriegsgericht und Feldgericht zugewiesen. Im Hochsommer 1916 unterbrach er den Dienst an den Gerichten und nahm an den Stellungskämpfen an der Düna teil. Dann setzte er die Tätigkeit bei den Gerichten fort. Obwohl er seine Ausbildung als Jurist noch nicht beendet hatte, wurde er nicht nur als Gerichtsschreiber eingesetzt. Er machte auch selbstständig Vernehmungen, entwarf Verfügungen und Urteile, bearbeitete Spionageangelegenheiten und übernahm in zahlreichen Prozessen die Verteidigung.

Opfer und Widerstand

Ein Gedenk-Spaziergang über die Genthinerstraße am 18. Mai 2025

Ein Zeugnis bescheinigte ihm: „Auerbach besitzt vorzügliche juristische Vorbildung und schnelle Auffassungsgabe, die es ihm ermöglicht, auch in verwickelten Strafsachen mühelos die richtige Entscheidung zu finden. Er versteht es auch, solche Sachen geschickt und klar vorzutragen ... Seine Arbeiten, die er stets mit gewissenhaftem Fleiß erledigt hat, waren stets brauchbar und gut.“ Das Ende des Ersten Weltkriegs und die Novemberrevolution erlebte Berthold Auerbach in Berlin. Denn seit Juni 1918 war er einer militärischen Kraftfahrabteilung in seiner Heimatstadt zugeteilt worden (und machte im August 1918 selbst den Führerschein). Zum 31. Dezember 1918 wurde er aus dem Militärdienst entlassen. Berthold Auerbach nahm das 1915 unterbrochene Referendariat wieder auf. Mitte September 1919 legte er das zweite Staatsexamen in der abgekürzten Form für Kriegsteilnehmer ab und wurde am 15. des Monats zum Gerichtsassessor ernannt. Bereits im Oktober 1919 schied er auf eigenen Antrag aus dem Justizdienst aus und trat in den Dienst der Stadt Charlottenburg (die noch bis zur Bildung von Groß-Berlin zum 1. Oktober 1920 eine eigenständige Stadtgemeinde war). Er kam dort in verschiedenen Dezernaten zum Einsatz, vor allem als juristischer Hilfsarbeiter in der Erwerbslosenfürsorge und beim Arbeitsamt. Ab April 1921 übernahm er den stellvertretenden Vorsitz des Mieteinigungsamtes. Im Dezember 1921 wechselte Auerbach in das Bezirksamt Prenzlauer Berg. Auch dort wurde er in verschiedenen Bereichen eingesetzt, u. a. als juristischer Dezernent des Wohlfahrtsamtes und der Deputation für Bauwesen, zur Bearbeitung von anfallenden Gerichtsprozessen in der Armenfürsorge und Jugendpflege und schließlich erneut im bezirklichen Mieteinigungsamt, diesmal als dessen Vorsitzender. Im April 1922 erlangte Berthold Auerbach die Anstellung als Magistratsrat auf Lebenszeit. Sein Arbeitszeugnis vom Oktober 1926 hob seine gute Befähigung als Verwaltungspraktiker, seine umfassenden juristischen Kenntnisse und seine umsichtige und geschickte Vorgehensweise als Untersuchungskommissar in Disziplinarfällen hervor. Das Zeugnis betonte: „Sein stets freundliches und verbindliches Wesen kommt ihm bei dem Verkehr mit dem nicht immer leicht zu behandelnden Publikum unseres Bezirks besonders zustatten.“

Zum Juli 1927 verließ Berthold Auerbach den Kommunaldienst. Er trat wieder in den Justizdienst ein und übernahm in der Stellung eines Amtsgerichtsrats den Vorsitz einer Kammer am neu gebildeten Arbeitsgericht. In seine neue Tätigkeit arbeitete sich Auerbach gut ein. Die dienstliche Beurteilung vom Oktober 1930 bescheinigte: „AGR Auerbach arbeitet mit praktischem Geschick, fleißig, sorgfältig und unter Beobachtung der geltenden Bestimmungen (namentlich der Formvorschriften). Seine Urteile sind erschöpfend und sachgemäß begründet. Befähigung, Rechtskenntnisse und Leistungen sind vollbefriedigend.“ Nebenamtlich blieb Auerbach mit seiner früheren Betätigung im Mieteinigungsamt verbunden. Er war zeitweise der Geschäftsführer des Reichsverbandes Deutscher Einigungsämter und für diesen Verband Herausgeber der Fachzeitschrift „Das Mietgericht“. Auerbach bemühte sich verschiedentlich um eine Beförderung oder die Versetzung auf andere Richterstellen. So bewarb er sich 1929 um eine Stelle am Landesarbeitsgericht, die für ihn mit der Beförderung zum Landgerichtsdirektor V. i. S. d. P.: Dr. Bergis Schmidt-Ehry

Opfer und Widerstand

Ein Gedenk-Spaziergang über die Genthinerstraße am 18. Mai 2025

verbunden gewesen wäre. Günther Grzimek, Rechtsanwalt und Abgeordneter des Preußischen Landtags für die Deutsche Demokratische Partei, bescheinigte ihm aus diesem Anlass in einem Empfehlungsschreiben: „Ich kann ihn als sehr tüchtigen Beamten und überzeugten Anhänger der Republik auf das Wärmste empfehlen.“ Seine Bewerbung war aber nicht erfolgreich. Ende 1929 bis Ende 1930 arbeitete er auch als Hilfsrichter in zwei Zivilsenaten am Kammergericht. Den dort gestellten Anforderungen konnte er aber nicht voll entsprechen.

Im September 1932 erhielt Berthold Auerbach die Genehmigung zur Übernahme eines anderen Nebenamtes. Er wurde zum unparteiischen Vorsitzenden der Schiedsstelle für Streitigkeiten aus den Tarifverhandlungen für die Angestellten, Anstaltsarbeiter und technischen Angestellten der Stadt Berlin bestellt. Die Bestellung war bis zum Dezember 1933 befristet. Dieses Amt konnte Auerbach aber nur ein halbes Jahr ausüben. Denn nur wenige Woche nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 wurde ihm als Juden die Weiterarbeit als Richter verboten.

Am 1. April 1933 wurde Berthold Auerbach nach dem Kerrl'schen Erlass zwangsweise beurlaubt. Nach dem „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ (BBG) vom 7. April 1933 fiel er unter die Ausnahmeregelung für „Frontkämpfer“. Damit hätte er eigentlich im Justizdienst verbleiben können. Aber da Juden nach den Vorstellungen der Nationalsozialisten nicht mehr am Arbeitsgericht tätig sein durften, konnte er dort nicht verbleiben. Der Kammergerichtspräsident, der mit den Überprüfungen bei der Durchführung des BBG betraut war, hielt eine Versetzung in eine andere Dienststelle für angezeigt – auch dies war eine der Zwangsmaßnahmen des BBG, die ohne die Zustimmung des betroffenen Beamten verhängt werden konnte. Allerdings fanden sich nicht genügend Stellen für die zur Versetzung vorgesehenen jüdischen Richter. Daher griff die Justizverwaltung auf Paragraph 6 BBG zurück, der u. a. ein Berufsverbot „im Interesse des Dienstes“ ermöglichte. Die Richter wurden von der beabsichtigten Maßnahme ohne nähere Erläuterung in Kenntnis gesetzt und zu einer Stellungnahme aufgefordert. Diese Schreiben sind im Falle von Berthold Auerbach nicht überliefert. Somit wissen wir nicht, ob und wie er sich äußerte.

Opfer und Widerstand

Ein Gedenk-Spaziergang über die Genthinerstraße am 18. Mai 2025

Die Maßnahme wird ihn wahrscheinlich sehr unerwartet getroffen haben, da er in Kenntnis der gesetzlichen Bestimmungen auf einen Verbleib im Justizdienst hoffen konnte. Am 12. Oktober 1933 wurde gegen Berthold Auerbach ein Berufsverbot verhängt. Zum 1. Februar 1934 wurde er in den Ruhestand versetzt. Unter Anrechnung seiner Beschäftigungszeiten im Kommunaldienst erhielt er ein Ruhegehalt zugesprochen.

Über die folgenden Jahre liegen nur vereinzelte Informationen vor. Im Frühjahr 1934 unternahm Berthold Auerbach eine mehrwöchige Reise nach Frankreich, Italien und in die Schweiz. Ob er bei dieser Gelegenheit die Bedingungen für eine Emigration zu eruieren versuchte, ist nicht bekannt. Ein Brief, den Berthold Auerbach im Juni 1934 erhielt, deutet darauf hin, dass er eine Betätigung im Ausland in Erwägung zog. Der jüdische Sozialwissenschaftler und Nationalökonom Professor Ignatz Jastrow (1856–1937), der an der Berliner Universität gewirkt hatte, schrieb ihm warmherzige und anerkennende Worte und bot ihm seine Unterstützung an: „Ich höre, dass Sie seit dem Ausscheiden aus Ihrem Amt noch keine neue Tätigkeit gefunden haben. Wissen Sie etwas, womit ich dazu beitragen kann, Ihnen den Weg zu ebnen, den Sie betreten wollen, so verfügen Sie bitte über mich. Ich komme auf den Gedanken, weil unter den mannigfachen Tätigkeiten, in denen Sie sich so trefflich bewährt haben, sich doch wenigstens eine befindet, über die ich trotz der Verschiedenheit unser beiderseitigen Fächer aus eigener Erfahrung urteilen kann. Als ich um die Jahrhundertwende die Begründung des „Gewerbegerichts“ übernahm, war unter den Juristen noch sehr wenig Interesse für den Gegenstand ... Dass die Saat, die wir damals ausstreuten, so viele Früchte trug, verdanken wir den Juristen, die in den Arbeitsgerichten den Sinn für die wirtschaftliche Seite dieser Rechtssprechung und für die Abwägung der beiderseitigen sozialen Interessen zeigten. Diesen Juristen, die die Tradition behütet haben, und unter denen ich Sie immer besonders bewundert habe, stehe ich nun mit einem Gefühl der Dankbarkeit gegenüber. Alle, die Ihre Zeitschrift „Das Mietgericht“ gelesen haben, können doch nur einer Meinung sein, dass hier ein Jurist waltete, der mehr als bloßer Jurist ist. Wo man hört, dass deutsche Juristen im Auslande Betätigung finden, ist es immer, weil man das Grenzgebiet zum Wirtschaftlichen sie vertreten sehen will; und gerade darin ist doch Ihre Bewährung zweifellos. Wir müssen uns darüber, ob und was zur Ausschöpfung dieser Möglichkeiten noch geschehen könnte ... einmal unterhalten, und sorgen Sie, dass es recht bald geschieht. Sie werden damit sehr erfreuen Ihren in Wertschätzung ergebenen Dr. Jastrow.“ Wie sich der Kontakt weiter entwickelte, lässt sich nach den bislang bekannten Dokumenten leider nicht feststellen.

Berthold Auerbach beschäftigte sich auch mit technischen Problemen.

Opfer und Widerstand

Ein Gedenk-Spaziergang über die Genthinerstraße am 18. Mai 2025

Im September 1938 meldete er beim Reichspatentamt ein Patent für ein „Verfahren zur Kennzeichnung photographischer Aufnahmen von Original-Urkunden“ an. Ein Jahr später, im Oktober 1939, fasste die Behörde den Beschluss zur Bekanntmachung des Patents.

Nach der Pogromnacht im November 1938 wurde Berthold Auerbach in das KZ Sachsenhausen verschleppt und mehrere Wochen dort festgehalten. Erst am 21. Dezember 1938 kam er wieder frei. Es ist davon auszugehen, dass er sich darum bemühte, Deutschland zu verlassen. Aber er fand kein Land, in das er ausreisen konnte.

Am 12. Januar 1939 heiratete Berthold Auerbach ein zweites Mal. Seine erste Ehe mit Else geb. Sommerfeld war im Laufe der 1930er Jahre zerbrochen. Seine zweite Ehefrau war die Lehrerin Gertrud geb. Cohn, die ab Januar 1939 an der Privaten Handelsschule der Jüdischen Gemeinde zu Berlin arbeitete. Gertrud Auerbach zog nach der Eheschließung in die Wohnung ihres Ehemanns in der Waitzstraße in Charlottenburg. Dort nahmen sie später auch Gertrud Auerbachs Mutter Emma Cohn geb. Spiero auf.

Berthold Auerbach musste sich spätestens im April oder Mai 1940, wie alle jüdischen Männer zwischen 18 und 55 Jahren, bei der Jüdischen Gemeinde für den Arbeitseinsatz registrieren lassen. Später kam er bei der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland zum Einsatz. Im Juni 1942 wurden viele Mitarbeiter der Reichsvereinigung, darunter auch Berthold Auerbach, zur Deportation mit einem „Straftransport“ bestimmt. Am 20. Juni 1942 füllte Berthold Auerbach die Vermögenserklärung aus, in der er die noch verbliebene Habe auflisten musste. Für einige persönliche Unterlagen – darunter der Militärpass, der Reisepass, eine Kopie des Führerscheins, die Heiratsurkunde und Arbeitszeugnisse – suchte er einen sicheren Ort zur Verwahrung. Er bat seine Bekannte Erna Leonhardt, die Dokumente bei dem Rechtsanwalt und Notar Werner Ebert abzugeben. Dieser verweigerte die Annahme. Erna Leonhard begab sich auf die Suche nach einem anderen Notar, den sie schließlich Ende August fand. „Die Auffindung eines Notars, der sich bereit erklärte, die Dokumente in Depot zu nehmen, sowie die Herstellung der Fotokopien, zu der mir im Verlauf meiner Bemühungen um die Auffindung des Notars geraten wurde, nahm – neben Abhaltungen, die meine eigene Person und mir nahe stehende Menschen betrafen – so lange Zeit in Anspruch, dass die Erledigung erst jetzt erfolgen kann,“ hielt sie in einer Erklärung am 27. August 1942 fest. Die Unterlagen übergab sie an diesem Tag dem Rechtsanwalt und Notar Erich Wäsch, der sie über die NS-Zeit hinwegretten konnte. Dies sind die einzigen noch erhaltenen persönlichen Unterlagen von Berthold Auerbach.

Opfer und Widerstand

Ein Gedenk-Spaziergang über die Genthinerstraße am 18. Mai 2025

Berthold Auerbach und seine Ehefrau Gertrud wurden am 24. Juni 1942 deportiert.

Dieser „16. Osttransport“ zählte über 200 Menschen. Der Transport ging über Königsberg in Ostpreußen, wo sich über 500 weitere Juden anschließen mussten, nach Minsk. Mit Ausnahme von einigen zur Zwangsarbeit bestimmten Personen wurden die verschleppten Menschen unmittelbar nach der Ankunft am 26. Juni 1942 in die nahe bei Minsk gelegene Vernichtungsstätte Maly Trostinez gebracht. Dort wurden sie erschossen oder in einem Gaswagen ermordet.

Emma Cohn geb. Spiero wurde am 26. Juni 1942 nach Theresienstadt deportiert und von dort am 19. September 1942 nach Treblinka verschleppt und ermordet.

Erna Leonhard geb. Hirschfeld wurde am 12. März 1943 in das Vernichtungslager Auschwitz verschleppt.

(Quelle für alle vier Biografien: h_bergemann_u_berliner_freundes-_und_foerderkreis_arbeitsrecht.doc in www.stolpersteine-berlin.de)

Opfer und Widerstand

Ein Gedenk-Spaziergang über die Genthinerstraße am 18. Mai 2025

Stolpersteine Genthinerstraße 28

Familie Rosenthal

Henriette Rosenthal, geb. Bonwitt, wurde am 2. Januar 1876 in Berlin geboren. Ihre Eltern waren Moritz und Marianne Bonwitt, geb. Behrend. Ernst Hugo Paul Rosenthal wurde am 16. Mai 1871 in Görlitz geboren. Seine Eltern waren Samuel und Emilie Rosenthal.

Die Eheschließung von Dr. med. Ernst Rosenthal und Henriette Bonwitt fand am 23. August 1897 statt. Die beiden bekamen zwei Töchter: Emilie Ellen, geb. 19. September 1898 und Käte Annemarie, geb. am 10. August 1903

Ernst Rosenthal war Zahnarzt und Henriette Künstlerin. Die Familie wohnte bis 1938 in der Woyrschstraße 49 (heute Genthiner Straße 28), in einer mit wertvollen Möbeln und Kunstgegenständen ausgestatteten 5-Zimmer Wohnung. 1938 mussten sie aus dieser Wohnung ausziehen. Ernst und Henriette zogen in die Brandenburgische Straße 21 in Wilmersdorf. Dort verstarb Ernst Rosenthal am 15. April 1938.

Von der Brandenburgischen Straße wurde Henriette Rosenthal später in die Kaiser-Allee 21 umgesiedelt, wo sie zur Untermiete wohnte musste.

Von dort wurde sie mit einem der Alterstransporte nach Warschau deportiert.

Emilie Ellen wurde mit ihrem Mann Fred und dem gemeinsamen Sohn Ulrich W. Arnheim am 10. August 1942 nach Theresienstadt deportiert.

Nur der Sohn überlebte, verblieb bis Ende 1949 in Ulm und emigrierte dann mit seiner Ehefrau in die USA.

Käte heiratete Fred R. Leyser (Kaufmann) und emigrierte mit ihm 1938 in die USA.

Emilie Ellen heiratete den RA Dr. Fritz Arnheim, ihr Sohn Ulrich W. wurde am 2. November 1927 geboren.

In den 50er und 60er Jahren führte die Tochter Käte Leyser von Ohio aus verschiedene Restitutionsprozesse mit den Berliner Behörden, u.a. wegen der Zwangsablieferungen und Beschlagnahmungen von Wertgegenständen aus ihrem Besitz, auch für den in New York lebenden Neffen Ulrich W. Arnheim und dem Enkel von Henriette und Ernst Rosenthal.

(Quelle: stolpersteine-berlin.de, Sigrun Marks)

Opfer und Widerstand

Ein Gedenk-Spaziergang über die Genthinerstraße am 18. Mai 2025

Stolpersteine Genthinerstraße 14 – 1

**„Ich persönlich finde, dass es wichtig ist, zu leben,
egal wie und wo“.**

(Brief von Ilse Ledermann-Citroen an Barbara
Ledermann Rodbell aus dem Durchgangslager
Westerbork, 12. August 1943)



Sarah Richardson, die Enkelin Barbara Ledermanns

Opfer und Widerstand

Ein Gedenk-Spaziergang über die Genthinerstraße am 18. Mai 2025

Die bewegende Rede der Enkelin von Barbara Lederman Rodbell anlässlich der Stolpersteinverlegung für die Familie Lederman:

Wegen meiner Oma, Barbara Ledermann Rodbell, sind wir heute alle hier. Vor fünf Jahren, als ich mich darauf vorbereitete, für ein einjähriges Stipendium nach Berlin zu ziehen, bat mich meine Oma, dafür zu sorgen, dass vor dem Haus ihrer Familie in der Genthiner Straße 5a (heute Nr. 14) Stolpersteine verlegt werden. Ihre Großmutter, Ellen Philippi Citroen, und ihr Großvater, Hendrick Citroen, wohnten eine Straße weiter, in der Derfflinger Straße. Ihr Vater, Franz Ledermann, hatte eine Anwaltskanzlei mit Sekretärinnen und Angestellten direkt unterhalb der großen Familienwohnung in der Genthiner Straße. Sie erinnert sich, wie sie mit ihrer Schwester auf den steinernen Vogelskulpturen im Tiergarten spielte, im KaDaWe Schuhe kaufte und mit ihrer Mutter und ihrem Vater ganz Berlin erkundete.

Am vergangenen Sonntag haben wir den 97. Geburtstag meiner Oma gefeiert. Ihre Augen strahlen. Sie begrüßt jeden Tag mit Freude und Optimismus. Sie hat ein Leben voller Freiheit, Stärke und Prinzipien gelebt. Was im ersten Teil ihres Lebens geschah, macht sie nicht aus und ist nicht ihre ganze Geschichte. Sie liebt das Sprichwort „Ein gutes Leben ist die beste Rache“. Das heißt aber nicht, dass all das nicht auch ein Teil von ihr ist. Sie spricht oft von ihrer Mutter, ihrem Vater, ihrer Schwester und ihrer Großmutter. Selbst in den letzten Jahren habe ich erlebt, dass sie offen weinte, wenn sie ihre Wut über den sinnlosen Verlust des Lebens ihrer Familie, insbesondere ihrer kleinen Schwester Susanne, beschrieb.

Ich liebe, bewundere, respektiere und genieße meine Oma. Sie hat eine Lebenslust, eine innere Würde und einen Sinn für das große Ganze wie kaum jemand, den ich

Opfer und Widerstand

Ein Gedenk-Spaziergang über die Genthinerstraße am 18. Mai 2025

kenne. Sie hat immer hohe Erwartungen an mich gestellt und mir ihr Vertrauen geschenkt, und das hat mir viel Kraft und Zuversicht für mein Leben gegeben.

Nachdem die nationalsozialistischen Arierisierungsgesetze es ihrem Vater unmöglich machten, seinen Beruf als Rechtsanwalt in Berlin weiter auszuüben, verließ die Familie ihr Haus in der Genthiner Straße und zog nach Amsterdam. Dies war eine enorme Umstellung für Barbara. In Berlin unterhielt die Familie Personal, darunter eine Köchin und eine Kinderkrankenschwester, die sogar eine Krankenschwesteruniform mit einem kleinen roten Kreuz darauf trug. Die Wohnung in der Genthiner Straße war so groß, dass zwei Klaviere darin Platz fanden. In Amsterdam ging es wesentlich bescheidener zu. Ilse Ledermann Citroen, ihre Mutter, musste nun alles im Haus erledigen, und Franz musste einen dreijährigen Prozess der Wiederezulassung in niederländischer Sprache durchlaufen, damit er weiterhin als Anwalt arbeiten konnte.

Ich muss kurz darauf hinweisen, dass die fünf Stolpersteine nur für einen Bruchteil des Verlustes an Menschenleben in unserer Großfamilie während des Holocausts stehen. Franz' Schwester, Käthe Ledermann-Kaempfer, war mit ihm im Zug nach Auschwitz und wurde noch am selben Tag ermordet. In der Familie Citroen von Ilses Seite wurden 27 Mitglieder der Familie in den Lagern ermordet. Bei den Philipps wurden neben Ellen fünf ihrer Geschwister – alle in Berlin geboren und aufgewachsen – in den Lagern ermordet (Gertrud Hanff, Sophie Neumann, Fritz Philippi, Martin Philippi und Pauline Schönlicht).

Diese Taten machten Barbara Ledermann im Alter von 17 Jahren zu einer staatenlosen, familienlosen und praktisch mittellosen Waise. Barbara war 16 Jahre alt, als sie sich von ihrer Familie trennte, um sich falsche Papiere zu besorgen und während des Krieges im Amsterdamer Untergrund zu leben. Dort überlebte sie, indem sie ihren eigenen Lebensunterhalt verdiente, den Widerstand unterstützte, Tulpenzwiebel Suppe aß und unter von Flöhen befallenen Decken fröstelte. Im Jahr 1943 wurde ihre Familie verhaftet und in das Lager Westerbork gebracht, wo sie fünf Monate lang lebte. In den Archiven des Anne-Frank-Hauses in Amsterdam wurde mir ein höchst verblüffendes Artefakt dieses Ereignisses gezeigt – eine Rechnung der Nazis an Franz Ledermann für das Auswechseln der Schlösser, nachdem das Haus geplündert worden war. Am 16. November bestiegen die Ledermanns einen Zug nach Auschwitz. Drei Tage später, am 19. November 1943, wurden Barbaras Mutter, ihr Vater, ihre 15-jährige Schwester und ihre Tante bei ihrer Ankunft sofort vergast. Ellen Citroen starb ein Jahr später in Bergen-Belsen.

Es gibt ein Buch mit dem Titel „Letters from the Ledermanns“, in dem 50 Briefe abgedruckt sind, die die Familie in der unmittelbaren Zeit vor der Deportation und während der Monate in Westerbork schrieb.

Die Briefe wurden an Ilses Bruder Paul Citroen und an die 16-jährige Barbara Ledermann geschrieben, die untergetaucht war und verzweifelt versuchte, ihnen die Dinge zu schicken, die sie zum Überleben brauchten. Die Briefe sind herzerreißend zu lesen. Sie zeigen eine Familie, die das Leben liebt, optimistisch ist, in einer großen Gemeinschaft verwurzelt und entschlossen ist, den Kopf hochzuhalten und ihr Leben bis zum Ende voll auszuleben. Die Briefe schildern die verzweifelten Bemühungen der Familie, Ellen zu retten und die Auswanderung nach Israel zu erreichen, gefolgt von der endgültigen Deportation nach Westerbork am 20. Juni

V. i. S. d. P.: Dr. Bergis Schmidt-Ehry

Opfer und Widerstand

Ein Gedenk-Spaziergang über die Genthinerstraße am 18. Mai 2025

1943, der Barbara nur knapp entkam. Der letzte Brief ist eine kurze Postkarte an Barbara, die am Tag des Transports nach Auschwitz im November 1943 geschrieben und aus dem Zug geworfen wurde.

Barbara konnte mehrere Jahre lang nicht herausfinden, was mit ihrer Familie geschehen war. Am Ende des Krieges wartete sie auf den Bahnsteigen und bat das Internationale Rote Kreuz inständig um einen Nachweis über ihren Status. Schließlich, im Alter von 18 Jahren, schien es, als sei sie allein auf der Welt. Diese Reihe von Verlusten setzte sich fort, als sie Europa für immer verließ und 1947 in New York City ankam. Heute sind wir eine amerikanische Familie, Barbara hatte vier Kinder, von denen das erste nach ihrer geliebten Schwester Suzanne benannt ist – meiner Mutter, die hier bei mir ist – und das zweite nach ihrem geliebten Onkel Paul, der ebenfalls hier ist, und dessen Enkel Jeroen ebenfalls unter uns weilt. Ihr Sohn Phillip und ihre Enkel Max und Eric, die von ihrem dritten Sohn Andrew abstammen, sind ebenfalls unter uns.

Eine der Tragödien des Verlustes dieser Personen und ihrer Besitztümer ist, dass die Informationen, die wir über die Familien Ledermann, Citroen und Philippi in Berlin haben, minimal und unvollständig sind. In unserer Familie wissen wir nur sehr wenig über Franz, Ilse, Susanne und Ellen, außer dem, woran sich meine Oma erinnert und was in Bruchstücken von fotografischen und schriftlichen Erinnerungsstücken erhalten ist.

Meine Oma erzählt, dass ihr Vater, ein gesetzestreuer Humanist, bis zum Schluss nicht glauben wollte, dass die Deutschen das, was die gewalttätige Rhetorik der Nazis vorausgesagt hatte, tatsächlich umsetzen würden.

Obwohl sie sich dem niederländischen Leben anpasste und Amsterdam und später die Vereinigten Staaten liebte, würde sich meine Oma für den Rest ihres Lebens als aus einer sehr guten deutschen Familie stammend bezeichnen. Sie liest und schreibt Deutsch und spricht Berlinerisch aus ihrer Zeit. Sie ist immer schnell dabei, diejenigen, die ihre Geschichte hören, daran zu erinnern, dass es auch viele gute Deutsche gab.

Franz und Ilse waren begeisterte Amateur-Kammermusiker, sie am Klavier, er an der Geige und Bratsche, und dies bildete den Kern ihres gesellschaftlichen Lebens hier in der Genthiner Straße. In einem im United States Holocaust Memorial Museum aufbewahrten Gästebuch mit dem Titel „Musik im Haus Ledermann“ hielt die Familie die Namen der Besucher und das musikalische Programm für die sonntäglichen Zusammenkünfte und Konzerte in ihrer Wohnung fest.

Die Steine, die wir heute verlegt haben, gehören nicht unserer Familie. Alle, die ihnen begegnen, können sie auf ihre eigene Weise aufnehmen und interpretieren. Ich hoffe, dass die Steine die Passanten zum Nachdenken über die unaussprechlichen, andauernden Tragödien in dieser Welt anregen, einschließlich jedes von den Mächtigen inszenierten Ereignisses, das eine Familie dezimiert und ein Kind verwaist und allein in der Welt zurücklässt, das Familien von allem, was sie kannten, vertreibt, das eine Klasse von Menschen so weit entmenschlicht, dass ihre Ermordung rationalisiert und routinemäßig durchgeführt werden kann. An diesem Tag denke ich zum Beispiel an die Familien, die in der Ukraine mit der Zerstörung ihrer Häuser und ganzer Gemeinden konfrontiert sind, und an die grausame Inhaftierung

V. i. S. d. P.: Dr. Bergis Schmidt-Ehry

Opfer und Widerstand

Ein Gedenk-Spaziergang über die Genthinerstraße am 18. Mai 2025

mexikanischer und mittelamerikanischer Einwanderer in Grenzschutzlagern in den Vereinigten Staaten, wo Eltern und Kinder oft jahrelang getrennt werden.

Hier sind wir nun, fast ein Jahrhundert nachdem die Familie Ledermann ganz und vollständig war und in der Genthiner Straße lebte, und unsere Familie erinnert sich immer noch – und ja, trotz unseres enormen relativen Privilegs und unserer Sicherheit heute – manchmal in Angst und Sorge. Jeder in unserer Familie trägt diesen überwältigenden, gewaltsamen Riss in unserer Familienlinie auf seine eigene Weise. Aber wir haben uns nicht abgewandt, wir sind hier. Natürlich ist die Bedeutung dieser Stolpersteine auch für jeden Einzelnen in meiner Familie sehr individuell. Ich kann nicht für sie sprechen, auch nicht für meine Vorfahren, die ich nie gekannt habe. Aber gestatten Sie mir abschließend, einige Hoffnungen zu äußern, wobei ich nur über meinen eigenen Weg nachdenke, den ich bei der Verlegung dieser Steine im Namen meiner Oma gegangen bin. Ich liebe die Stadt Berlin, ich fühle immer mehr, dass sie ein Teil von mir ist, und diese Steine machen das noch greifbarer.

Die Geschichte der Ledermanns inspiriert mich, das Leben zu feiern und zu überleben, durchzuhalten und neue Traditionen und Gemeinschaft aufzubauen, trotz allem.

Für mich fühlen sich diese Stolpersteine eher wie Trittsteine an, ein neuer Halt auf einer sehr persönlichen Reise zu Verständnis, Vergebung, Abschluss und Ganzheit. Ich danke Ihnen.

Sarah S. Richardson – 8. September 2022

Stolpersteine Genthinerstraße 14 – 2

Mildred und Arvid Harnack

In der Woyrschstraße 16, heute Genthiner Straße 14, traf sich in den Dreißigerjahren ein Teil des Deutschen Widerstands. Hier wohnten Arvid Harnack und seine Frau Mildred. Der spätere Nationalökonom studierte von 1926 bis 1928 in Madison/Wisconsin, wo er die Literaturwissenschaftlerin Mildred Fish kennenlernte und heiratete.

Mildred Harnack-Fish ging mit ihrem Mann nach Deutschland und wurde 1931 Lektorin für amerikanische Literaturgeschichte an der Berliner Universität.

Die Harnacks versammelten in ihrer Wohnung Menschen, die das NS-Regime ablehnten, sich mit den politischen und wirtschaftlichen Zusammenhängen des Nationalsozialismus beschäftigten und politische Perspektiven für die Zeit nach dem erhofften Sturz der Nazis entwickelten.

In geheimen Gesprächen mit Vertretern der amerikanischen und sowjetischen Botschaft gaben die Harnacks Einschätzungen der politischen und wirtschaftlichen Situation in Deutschland und warnten früh vor der von Deutschland ausgehenden Kriegsgefahr.

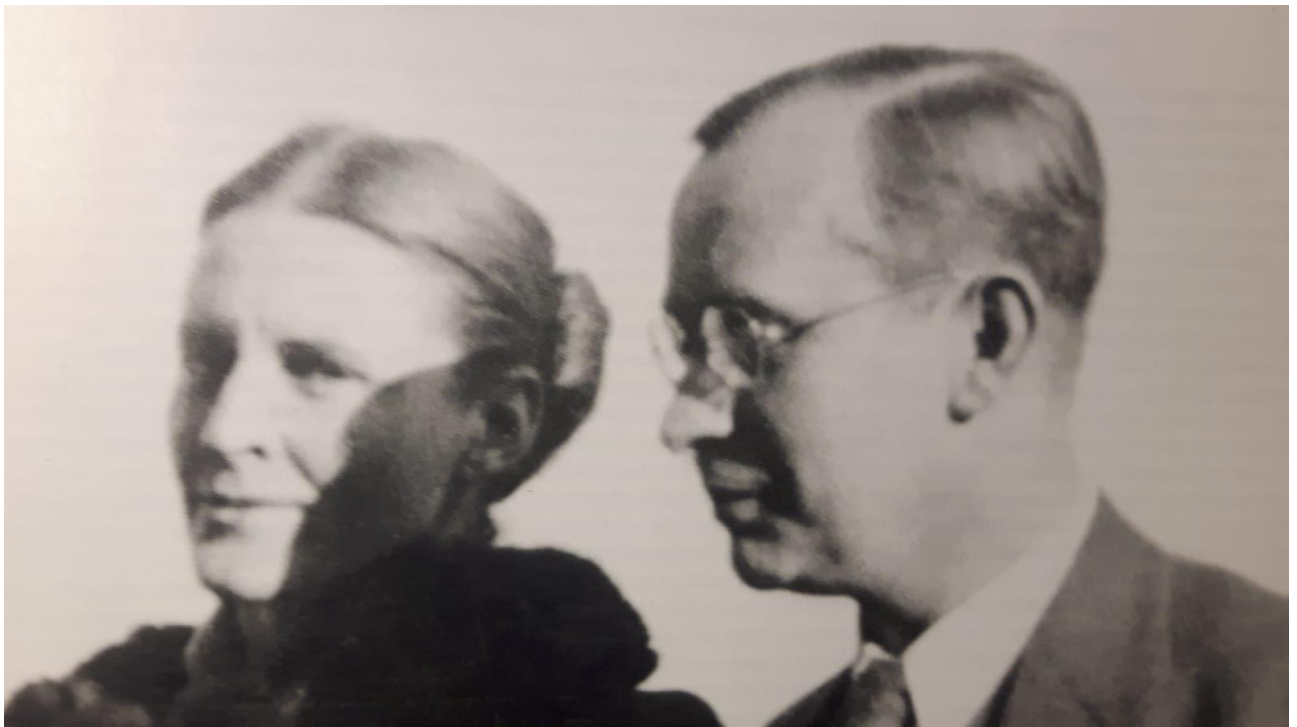
V. i. S. d. P.: Dr. Bergis Schmidt-Ehry

Opfer und Widerstand

Ein Gedenk-Spaziergang über die Genthinerstraße am 18. Mai 2025

Noch vor Kriegsbeginn verbanden die Harnacks ihre Gruppe mit der von Oberleutnant Harro Schulze-Boysen und intensivierten ihre illegalen Tätigkeiten. Gemeinsam mit weiteren Berliner Oppositionsgruppen entstand ein Widerstandsnetzwerk, das von der Gestapo als „Rote Kapelle“ geführt wurde. Die Gruppe verteilte Flugblätter, brachte Parolen an Gebäuden an und unterstützte Verfolgte. Arvid Harnack und Harro Schulze-Boysen informierten Anfang 1941 die sowjetische Botschaft über den bevorstehenden Angriff auf Russland. Nach einem abgefangenen Funkspruch aus der Sowjetunion wurden viele Mitglieder der Gruppe enttarnt und verhaftet.

Die Harnacks wurden am 7. September 1942 verhaftet. Am 19. Dezember verurteilte das Reichskriegsgericht Arvid Harnack zum Tode, Mildred Harnack-Fish jedoch nur zu sechs Jahren Zuchthaus. Hitler persönlich hob aber das aus seiner Sicht zu milde Urteil am 21. Dezember auf. Arvid wurde auf seinen Befehl bereits am 22. Dezember in Plötzensee an Fleischerhaken aufgehängt. Am 16. Januar 1943 wurde Mildred zum Tode verurteilt und noch am gleichen Tag ermordet.



Opfer und Widerstand

Ein Gedenk-Spaziergang über die Genthinerstraße am 18. Mai 2025

Stolperstein Genthinerstraße 8

Rudolf Olden – ein besonders tragischer Tod

Der linksliberale und pazifistische Publizist und Kämpfer für die Demokratie von Weimar Rudolf Olden ist heutzutage ein fast vergessener Mann. Olden erkannte früh die mit Adolf Hitler und dem Nationalsozialismus heraufziehende Gefahr für dieses in weiten Kreisen der Bevölkerung nie richtig verwurzelte Staatsgebilde. In seinem 1935 im Amsterdamer Exilverlag Querido erschienenen Buch "Hitler der Eroberer" zerpflückt der mutige Schriftsteller auf beeindruckende Weise Hitlers Machwerk "Mein Kampf". Zudem durchleuchtet er schonungslos die Persönlichkeit ihres Verfassers und macht die Steigbügelhalter von Hitler und seiner Bewegung dingfest: Junkertum, Großindustrie und in besonderem Maß die Reichswehr. Es ist im Übrigen ganz erstaunlich, wie Olden in seinem Zeitdokument soziologische und sozialpsychologische, aber auch psychiatrische Beobachtungen verknüpft. Der belesene Schriftsteller schöpft dabei aus der zeitgenössischen Forschung zum Nationalsozialismus und zur Persönlichkeit Hitlers. So attestiert er diesem ein "manisch-depressives Wesen", einen "labilen Gemütszustand" und "Infantilismus". Olden weist nach, dass Hitler in seinem Buch seine Biographie gefälscht hat. Alles daran sei "glatt und geleckt ... So glatt und geleckt wie heute, da er am Ziel ist, der Scheitel über seinem Rundkopf liegt". Solche Worte bleiben den Nazis im Gedächtnis haften. Hitler, so der mutige Autor, sei zwar ein sehr guter Propagandist, ein Demagoge und Agitator, der die Massen zu fesseln wisse. Aber beim "Sensiblen" verursache der Redner Hitler "intellektuelle Abscheu". Diese werde jedoch vom Schriftsteller Hitler "noch viel intensiver hervorgerufen". Eine andere Aussage Oldens lautet, dass der "Nationalsozialismus eine Funktion der deutschen Not" sei, ebenso aber auch eine "Funktion der industriellen Propagandagelder". Auch diese These kennt man aus der Literatur zum Nationalsozialismus. Das gleiche gilt für die Feststellung: "Wo ein anderer Glaube fest verankert ist, da findet seine (des NS, der Verf.) Kunst der Faszination eine Grenze". Diese These wiederum taucht bereits in der zeitgenössischen soziologischen und sozialstatistischen Forschung zu den Weimarer Wahlergebnissen und der Struktur der NS-Parteimitglieder auf. Man sieht also, dass Olden für die Zeit der Veröffentlichung seiner Anklageschrift bereits viele kluge Einsichten bereithielt.

(Quelle: Rezension von Olden: Hitler der Eroberer)

Rudolf Olden, Rechtsanwalt und Journalist, war einer der profiliertesten politischen Publizisten der Weimarer Republik. Seine erschütternden Erlebnisse als Offizier im Ersten Weltkrieg ließen ihn zum überzeugten Pazifisten werden. Er schrieb u.a. für die pazifistische Wiener Zeitschrift DER FRIEDE. und war befreundet mit Literaten wie Alfred Polgar und Egon Erwin Kisch.

1926 zog Olden nach Berlin und nahm hier eine Redakteursstelle beim renommierten BERLINER TAGEBLATT an, wo er aufgrund seiner brillanten Leitartikel bald zum Chefredakteur und Stellvertreter des legendären Publizisten Theodor Wolff avancierte.

Daneben schrieb Olden als freier Mitarbeiter auch für andere Zeitschriften, darunter DIE WELTBÜHNE. Neben seiner publizistischen Tätigkeit übte Olden - seit 1926 in Berlin auch als Anwalt zugelassen - diesen Beruf auch aus.

1931 veröffentlichte DIE WELTBÜHNE einen Artikel Kurt Tucholskys mit der

Opfer und Widerstand

Ein Gedenk-Spaziergang über die Genthinerstraße am 18. Mai 2025

Redewendung "Soldaten sind Mörder". Im darauffolgenden Prozess verteidigte Olden den angeklagten Chefredakteur Carl v. Ossietzky, und erreichte dessen Freispruch.

Rudolfs älterer Bruder Balder war sofort nach der „Machtergreifung“ durch die Nationalsozialisten nach Prag gegangen.

Am Tag nach dem Reichstagsbrand verließ auch Rudolf Olden - von Bekannten gewarnt - Berlin und ging nach Prag ins Exil. Von dort übersiedelte er nach Paris, wo er 1934 den deutschen P.E.N.-Club im Exil mitbegründete und als dessen Sekretär tätig war.

Sein Bruder arbeitete dort als Literaturkritiker für die deutschsprachige Exilpresse und war 1936 Mitunterzeichner des Aufrufs für die deutsche Volksfront.

In Prag hatte Rudolf Olden bereits 1933 anonym die Schrift „Hitler der Eroberer, Entlarvung einer Legende“ veröffentlicht, in Paris 1934 publizierte er ein Jahr später das „Schwarzbuch über die Lage der Juden in Deutschland“. Weiterhin war er für unterschiedliche Exil-Zeitungen wie „DAS NEUE TAGE-BUCH“, „PARISER TAGEBLATT“, „ARGENTINISCHES TAGEBLATT“ und „DAS WORT“ tätig.

Nach Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit zog Olden 1936 nach London und arbeitete hier weiter für den P.E.N.-Club. Er unterstützte u.a. die internationale Hilfskampagne zur Verleihung des Friedensnobelpreises an Carl v. Ossietzky. Nach der englischen Kriegserklärung 1939 geriet Rudolf Olden zusammen mit anderen deutschen Flüchtlingen zeitweise in ein britisches Internierungslager.

Im Sommer 1940 wurde sein Bruder in Paris verhaftet und im Lager Audierne interniert. Mit Hilfe von Freunden gelang es diesem, im Winter 1940/41 zu fliehen und nach Argentinien zu entkommen, wo er 1949 nach schwerer Krankheit den Freitod wählte.

Mit seiner schonungslosen Anklageschrift „Hitler der Eroberer, Entlarvung einer Legende“ hatte Olden sich die neuen Machthaber in Deutschland zu Todfeinden gemacht. Und sie erwischten ihn dann auch, freilich eher unbeabsichtigt.

Auf der Überfahrt nach New York, wo man Olden eine Lehrtätigkeit an einer Hochschule angeboten hatte, wurde das Transportschiff CITY OF BENARES von einem deutschen U-Boot im September 1940 im Atlantik versenkt.

Von den 406 Passagieren überleben 248 den Untergang nicht - darunter auch Rudolf Olden und seine Ehefrau.

(Quelle: stolpersteine-berlin.de, Wilfried Burkard)

Opfer und Widerstand

Ein Gedenk-Spaziergang über die Genthinerstraße am 18. Mai 2025



Andere Opfer in der Genthiner Straße nach Hausnummern (aus mapping the lives)

| | | | |
|----|--------------|-------------------|--------------------------------------|
| 53 | Kuttner | Josefine | unbekannt |
| | Levy-Kuttner | Rosa | unbekannt |
| 47 | Lange | Gertrud | unbekannt |
| | Liebenthal | Elisabeth | unbekannt |
| | Libenthal | Ernst, Dr. | <i>überlebt</i> |
| | Neumann | Artur | unbekannt |
| | Neumann | Claire | <i>überlebt</i> |
| 48 | Baerwald | Ilse | unbekannt |
| | Liebenthal | Kurt | <i>geflohen nach Großbritannien</i> |
| | Liebenthal | Robert | Tod 06.09.1942 |
| | Kalms | Hulda | unbekannt |
| 46 | Asriel | Helene | ermordet in Auschwitz |
| | Asriel | Johann | unbekannt |
| | Fischer | Henriette | verschleppt nach Thresienstdt |
| 45 | Bieber | Friedrich, Dr.jur | ermordet in Auschwitz |
| | Bieber | Gertrud | ermordet in Auschwitz |
| | Moratz | Frieda | unbekannt |
| 38 | Auerbach | Elise, Esther | <i>geflohen nach Großbritannien</i> |

Opfer und Widerstand

Ein Gedenk-Spaziergang über die Genthinerstraße am 18. Mai 2025

| | | |
|------------|------------------|----------------|
| Elstermann | Max | unbekannt |
| Gumbertz | Clara | Tod 27.03.1942 |
| Hartleib | Baron Valley von | unbekannt |
| Lindner | Frida | unbekannt |
| Lindner | Heinrich | unbekannt |
| Lindner | Karl | unbekannt |
| Marquardt | Vera | unbekannt |
| Regierer | Horst | unbekannt |
| Regierer | Klara | unbekannt |
| Strittgen | Willi | unbekannt |
| Vollmer | Franz | unbekannt |

Opfer und Widerstand

Ein Gedenk-Spaziergang über die Genthinerstraße am 18. Mai 2025

| | | | |
|------|--------------|-----------------------|---------------------------------|
| 35 | Cohn | Bruno | deportiert nach Sachsenhausen |
| | Cohn | Charlotte | unbekannt |
| | Furlain | Giselda | unbekannt |
| | Hauschner | Ludwig, Leo | ermordet in Minsk |
| | Hoffmann | Adele, Cäcilie | ermordet in Riga |
| | Hoffmann | Erhard | unbekannt |
| | Hoffmann | Rosa | ermordet in Riga |
| | Kowollik | Konrad | unbekannt |
| | Marinescu | Eugen | unbekannt |
| | Müller | Mari | unbekannt |
| | Schibibolski | Leo | ermordet in Auschwitz |
| | Seider | Andreas | unbekannt |
| | Zippert | Charlotte | ermordet in Minsk |
| 36 | Fleischer | Margarete | unbekannt |
| | Joachimsthal | Therese | Tod 28.06.42 |
| | Rosenthal | Charlotte | unbekannt |
| | Rosenthal | Robert | unbekannt |
| | Rosenthal | Wilfried | unbekannt |
| 34 | Jacoby | Margarete | verschleppt nach Theresienstadt |
| | Schreiber | Helmut | unbekannt |
| | Steindal | Gertrud | ermordet in Raasiku |
| 30 F | Berni | Dr. Gerhard | unbekannt |
| | Erdmann | Anna | unbekannt |
| | Mirbach | Clemens, Freiherr von | unbekannt |
| | Mirbach | Helen, Freifrau von | unbekannt |
| | Münsterberg | Elisabeth | unbekannt |
| | Münsterberg | Marianne | unbekannt |
| | Pächter | Adele | verschleppt nach Theresienstadt |
| | Berni | Maria | unbekannt |
| 30 K | Drawert | Ingeborg | unbekannt |
| | Teichmüller | Joachim | geflohen nach Cuba |
| | Teichmüller | Werner | unbekannt |

Opfer und Widerstand

Ein Gedenk-Spaziergang über die Genthinerstraße am 18. Mai 2025

| | | | |
|-----|-----------|----------------|------------------|
| 18 | Maire | Frierich | unbekannt |
| | Maire | Harry | unbekannt |
| | Maire | Hildegard | unbekannt |
| | Maire | Peter | unbekannt |
| 16 | Rausch | Ignatz | unbekannt |
| | Rausch | Käte | unbekannt |
| | Rausch | Klaus Dietrich | unbekannt |
| | Rausch | Wilfred | unbekannt |
| 13a | Mosse | Rudolf | Tod 21.08.33 |
| 12 | Chrambach | Margarethe | unbekannt |
| | Koß | Elisabeth von | unbekannt |
| | Mühsam | Ernst | ermordet in Riga |
| 9 | Churinski | Hans | unbekannt |
| | Churinski | Else | unbekannt |
| | Mechsner | Hedwig | unbekannt |
| | Mechsner | Gertrud | unbekannt |

„Unbekannt“ steht in den meisten Fällen wohl für

Ermordet in den Vernichtungslagern

Nie Wieder ist Jetzt!